

## „Wir sind deutsche Kommunisten im sozialistischen Vaterland“

### Das besondere Dilemma der deutschen Parteikader in der Sowjetunion nach dem Überfall Hitlerdeutschlands – Teil II<sup>1</sup>

Horst Laude

Der Beitrag behandelt eine Reihe von Episoden und Situationen, die zum einen verdeutlichen, auf welche komplexe Weise sich bei den in die Sowjetunion emigrierten KPD-Funktionären und deutschen Kominternmitarbeitern in den ersten Jahren des Krieges das Verhältnis zu ihrem nationalsozialistisch beherrschten Herkunfts- und Heimatland entwickelt hat. Zum anderen zeigen die Vorgänge, wie diese Parteikader in ihrer besonderen Rolle und Existenz als Kommunisten, Deutsche und Emigranten in Spannungen und Konflikte mit ihren sowjetischen Auftraggebern und Kominternpartnern gerieten. Das betraf auch die in Moskau agierende KPD-Führungsgruppe, der zu dieser Zeit neben dem Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin, Walter Ubricht und Anton Ackermann angehörten.

Im ersten Teil des Textes wurde die Entwicklung in den Kriegsjahren 1941/42 verfolgt. Im Mittelpunkt standen die beiden Versammlungen der deutschen Parteimitglieder in Moskau vom 18. bzw. 19. November 1942, in denen Wilhelm Pieck die selbstkritische Aufarbeitung der massiven Vorwürfe und Verdächtigungen vorzunehmen hatte, die sich – anknüpfend an die Fälle Herbert Wehner („Parteierrat“ in schwedischer Haft) und Hedeler/Dröll („Verbreitung faschistischer Gerüchte“) – gegen die deutschen Parteikader richteten. Im folgenden wird die Zuspitzung der Konflikte im Juni 1942 nachgezeichnet, die entscheidende Auseinandersetzung in den Kominternversammlungen vom 27. bis 29. Oktober 1942 rekonstruiert und die Entwicklung bis März 1943 skizziert. Die Darstellung stützt sich vornehmlich auf Quellen aus den Beständen des ehemaligen Zentralen Parteiarchivs der SED in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch, ZPA) sowie auf die Dimitroff-Tagebücher 1933–1943 und das mit ihrer Veröffentlichung in deutscher Sprache nunmehr zugängliche Faktenmaterial.<sup>2</sup>

Die Mißstimmungen und Spannungen im gegenseitigen Verhältnis treten von Ende Mai bis Ende November 1942 immer wieder zutage. Sie hängen, mehr oder weniger vermittelt, mit objektiven Umständen und Faktoren zusammen. Eine ausschlaggebende Rolle spielte dabei sicherlich der Beginn der deutschen Sommeroffensive (10. Juli 1942), die mit den Vorstößen der Hitlertruppen zum Kaukasus und nach Sta-

---

1 Der erste Teil des Beitrags erschien in der Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 20/2006.

2 Dimitroff, Georgi: Tagebücher 1933–1943. Hrsg. von Bernhard H. Bayerlein, aus dem Russischen und Bulgarischen von Wladislaw Hedeler und Birgit Schliewenz, 2 Bde., Bd. 1: Tagebücher 1933–1943, Bd. 2: Kommentare und Materialien zu den Tagebüchern 1933–1943, Berlin 2000. Alle im folgenden mit dem Namen Dimitroff verbundenen Datenangaben beziehen sich eo ipso auf entsprechende Eintragungen in den Tagebüchern. Da die Kopfzeilen der Publikation auf die jeweiligen Daten verweisen, kann im folgenden generell auf die Seitenangabe als Fußnote verzichtet werden. Wo explizite Quellenverweise auf die Tagebücher geboten sind, wird im folgenden das Kürzel DimTgb mit Datumsangabe verwendet. Entsprechend der Editorenpraxis sind nachfolgend kursiv wiedergegebene Zitate im Originalmanuskript Unterstreichungen Dimitroffs.

lingrad für die Sowjetunion eine höchst gefährliche Situation heraufbeschwor. Noch in der späten Erinnerung Ilja Ehrenburgs heißt es: „Der schreckliche Sommer brach an.“<sup>3</sup> Unter den komplizierten Kriegsumständen entfalteten gewiß auch die scharfen Töne, mit denen Stalin in seinem Befehl vom 1. Mai 1942 die deutschen Invasoren anprangerte, ihre bestimmende Wirkung auf das moralisch-emotionale Klima unter den Sowjetfunktionären und in der Kommunistischen Internationale. In dem Befehl hieß es: „Verschwunden sind die Gutmütigkeit und die Sorglosigkeit gegenüber dem Feind, die in den ersten Monaten des Vaterländischen Krieges unter den Rotarmisten zu verzeichnen waren. Die von den faschistischen deutschen Eindringlingen an der friedlichen Bevölkerung und den Sowjetkriegsgefangenen verübten Bestialitäten, Plünderungen und Gewalttaten haben unsere Rotarmisten von dieser Krankheit geheilt. Die Rotarmisten sind härter und schonungsloser geworden. [...] Sie haben begriffen, daß man den Feind nicht besiegen kann, ohne gelernt zu haben, ihn aus ganzer Seele zu hassen.“<sup>4</sup> Und Ilja Ehrenburg schrieb seinen Artikel „Rechtfertigung des Hasses“.<sup>5</sup> Zu diesem Zeitpunkt sind die entstehenden Konflikte mit den deutschen Parteikadern auch im Zusammenhang zu sehen mit der Tatsache, daß Deutschland durch die Anfang Juni 1942 einsetzenden massiven Bombenangriffe der britischen Luftwaffe nun selber zum Schauplatz des Krieges geworden war und sowjetische und Kominternfunktionäre unter dem Eindruck der Situation die KPD-Führung zunehmend dazu drängten, die Deutschen verstärkt zu operativen Kampfformen bis hin zum bewaffneten Widerstand aufzufordern. Als besonders schwere Belastung erwies sich für die Gruppe der deutschen Parteikader der Fall Wehner: Der zum Leiter des Widerstandskampfes der KPD in Deutschland Ausersehene, eines der vormals fünf Mitglieder des Moskauer Führungszirkels der Partei, war nicht allein im schwedischen Gefängnis außer Gefecht gesetzt. Er war aus der Sicht seiner Moskauer Auftraggeber zum Verräter geworden.

In der ersten Junihälfte 1942 kam es zu einer ersten Zuspitzung der Beziehungen zwischen der Kominternspitze und der KPD-Führung. Ausgelöst wurde der Konflikt vor allem durch Attacken, die der führende sowjetische Funktionär des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) Manuilski, der zugleich in verantwortlicher Position bei der 7. Abteilung der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee arbeitete, gegen die KPD-Genossen richtete. Pieck wertete die Vorgänge als „*Verdächtigungen*“, die „*fast schon eine Kampagne gegen uns [bilden]*“.<sup>6</sup> Hierzu läßt sich eine aufschlußreiche Chronologie verzeichnen:

- Zunächst hatte der Parteisekretär des EKKI-Apparats, der Sowjetrusse Plischewskij, in seinem Rechenschaftsbericht auf der Parteiversammlung der Mitarbeiter am 29. Mai 1942 mit Bezug auf eine Charakteristik Manuilskis festgestellt, die deutschen Genossen seien verknöchert und nicht mit dem Lande [das heißt Deutschland] verbunden; sie schrieben deshalb schlechte Flugblätter, während die Rote Armee, die früher keine guten Flugblätter geschrieben habe, jetzt bessere schreibe

---

3 Ehrenburg, Ilja: Menschen Jahre Leben, Bd. 3, Berlin (Ost) 1978, S. 48.

4 Stalin, J. W.: Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Berlin (Ost) 1952, S. 61.

5 Ehrenburg: Menschen, S. 28.

6 Handschriftliche Notizen W. Piecks, [ohne Überschrift und Datum], SAPMO-BArch, ZPA, Ny 4036/542, Bl. 92–94, speziell Bl. 94. Es handelt sich um eine nachträglich angefertigte Übersicht über den Gang der Auseinandersetzungen. Die Unterstreichungen Piecks sind hier und im folgenden in Kursivschrift wiedergegeben.

als die deutschen Genossen.<sup>7</sup> Da der Bericht des Parteikomitees zuvor (am 27. Mai 1942) laut Eintragung in Dimitroffs Tagebuch vom selben Tag auch mit dem EKKI-Generalsekretär diskutiert worden war, kann davon ausgegangen werden, daß dieser sich mit der geäußerten Kritik identifizierte. Vermutlich hatte Pieck bei einer Unterredung mit Dimitroff am Tage nach der Versammlung auch auf diese Anwürfe Bezug genommen. Dimitroffs Tagebuch vom 30. Mai 1942 verzeichnet: „Pieck holte sich Rat in einigen die KP Deutschlands betreffenden Fragen.“

- Am 1. Juni war Dimitroff dann (DimTgb) durch seinen Verbindungsmann vom NKWD-Geheimdienst über die angeblich „sehr detaillierten Aussagen“ Herbert Wehners vor den schwedischen Untersuchungsbehörden und vor Gericht unterrichtet worden (seine Reaktion: „Was für ein Lump!“) – ein Faktum, das die Stimmung der Komintern-Spitzen gegenüber der KPD-Führung mit Sicherheit weiter auflud. Erste Signale zum Fall Wehner, die in Richtung „Parteiverrat“ zielten, und die sich andeutende Konsequenz seines Ausschlusses aus der KPD waren bereits in der Sitzung der KPD-Führung vom 23. April 1942 Gegenstand der Beratung gewesen.<sup>8</sup>
- Manuilski hatte am 2. Juni 1942 mit Florin und am 3. Juni 1942 mit Pieck Gespräche darüber geführt, wie die KPD in ihrer Agitation auf die schweren britischen Bombenangriffe auf die Städte Köln und Essen reagieren sollte. Von Pieck waren gegen die von Manuilski für einen Aufruf der Partei vorgeschlagene Losung „Verlaßt die Städte!“ Bedenken geäußert worden: Eine solche Aufforderung sei nicht realistisch, würde von der Bevölkerung nicht ernst genommen werden; dadurch könnte auch die „Zusammenballung der Arbeiter zerrissen [werden]“. Die KPD-Führung hatte ihrerseits als Aktionslosungen vorgeschlagen: Verlassen der Rüstungszentren, keine Nachschichten, Stilllegung der Rüstungsbetriebe, Streiks und die Forderung nach Veröffentlichung der „Verlustlisten“, und in diesem Sinne bereits in den Sendungen des Deutschen Volkssenders reagiert.<sup>9</sup>
- Manuilski hatte anschließend (noch am 3. Juni 1942) Dimitroff (DimTgb) über „die besondere Stimmungslage der deutschen Genossen“ wegen der Luftangriffe informiert. Dimitroff notierte: „Sie sollen niedergeschlagen und gereizt sein ...“. Daraufhin fühlte sich der Generalsekretär veranlaßt, in der Sitzung des EKKI-Sekretariats mit der KPD-Führung und Vertretern der tschechoslowakischen KP am 5. Juni 1942, die sich mit der Haltung der KPD im Zusammenhang mit den Bombenangriffen bzw. der KPČ in Verbindung mit dem Attentat auf den Stellvertretenden Reichsprotektor von Böhmen und Mähren Heydrich befaßte (DimTgb), auf die „Bauchschmerzen“ unter den deutschen Genossen einzugehen.<sup>10</sup> Er warnte sie davor, sich „von enge[n] dt. nat[ionalen] Gefühle[n]“ leiten zu lassen und die Opfer der Bombardements zu bedauern. Dimitroff betonte: „Krieg ist Krieg“. Gleichzeitig hielt er den KPD-Führern vor, die Bombenangriffe zu unterschätzen (das heißt deren Bedeutung für die Entwicklung des Krieges und die Auswirkung auf die Stimmung der deutschen Bevölkerung) und nicht zu sehen, daß Deutschland damit zum Kriegsschauplatz geworden sei. Die Spekulation auf eine dadurch zu erwartende „große Stimmungsänderung“ und den darauf reagierenden Gestapoterror verband er

7 Ebd., Bl. 93 f. Das Datum der Versammlung wurde von Pieck falsch notiert (29.6.1942); das richtige Datum (29.5.1942) ist im Tagebuch Dimitroffs belegt.

8 Vgl. handschriftliche Notizen W. Piecks: „Deutsche Genossen – 23.4.“[1942], SAPMO-BArch, ZPA, Ny 4036/497, Bl. 141.

9 Notizen Piecks, Ny 4036/542, Bl. 93.

10 Ebd., Bl. 92.

offensichtlich mit der Vorstellung, die KPD müsse jetzt zu direkten Aktionen und schärferen Kampfformen aufrufen: von der Arbeitsverweigerung in Rüstungsbetrieben über die „Massenverteidigung gegen [die] Gestapo“ bis hin zum „bewaff[neten] Kampf“. Zentrale Losung müsse sein: „*Sofort Schluß mit Krieg!*“<sup>11</sup> Manuilski bekräftigte in der Zusammenkunft diese Linie und unterstrich: Die KPD dürfe nicht (hinter der Entwicklung im Lande) zurückbleiben, sie müsse vorangehen. In den Kanon der Kampfformen wollte er auch Vergeltungsmaßnahmen für hingerichtete Genossen („für 1 Kämpfer 2 Nazibonzen“) einbezogen wissen.<sup>12</sup>

- Am 6. Juni 1942 folgte der Beschluß der KPD-Führung über den Ausschluß Herbert Wehners aus der Partei, der am 11. Juni 1942 vom EKKI-Sekretariat bestätigt wurde. Das anmaßend als „Beschluß des ZK der KPD“ etikettierte Dokument zog aus dem Fall die „Lehre“, „daß es gerade nach den vielen Jahren der Illegalität und der Emigration viel gründlicher als bisher die Kader der Partei auf ihre politische und parteimoralische Festigkeit hin überprüfen, eine gesteigerte politische Erziehungsarbeit zur Festigung und Stählung der Kader leisten und rücksichtslos jeden, der den hohen Anforderungen des verschärften Kampfes gegen die Hitlerbande nicht gewachsen ist, von verantwortlichen Funktionen entfernen und die Frage seines Verbleibens in der Partei mit allem Ernst stellen muß.“<sup>13</sup>
- Am 10. Juni 1942 beschwerte sich Pieck, laut Dimitroff-Tagebuch, beim EKKI-Generalsekretär über Manuilski: „[...] Er sei launisch, komme jeden Tag mit neuen und häufig widersprüchlichen Vorschlägen zum Inhalt der deutschen Flugblätter und Reden...“.
- In einer Beratung der EKKI-Sekretäre mit den Leitern der Rundfunkredaktionen und den Politarbeitern am 12. Juni 1942 im Zusammenhang mit dem Bündnisvertrag UdSSR-Großbritannien (vom 26. Mai 1942) bzw. dem Abkommen mit den USA über das Kriegsbündnis gegen Hitlerdeutschland und über die Zusammenarbeit nach dem Kriege (vom 11. Juni 1942) erhob Manuilski gegen die KPD-Führungskräfte den Vorwurf, sie unterschätzten den Bündnisvertrag und wollten „ihn nicht zum Hebel unserer Politik machen“.<sup>14</sup> Dimitroff hatte das Vertragswerk als „gewaltige[n] Impuls für die weitere Festigung der Antihitlerkräfte in der ganzen Welt“ bewertet (DimTgb, 12.6.42).
- Die propagandistische Arbeit der KPD-Verantwortlichen hatte, wie aus Piecks Darstellung hervorgeht, aus rein technischen Gründen – wegen der erst spät vorliegenden deutschen Übersetzung des Vertragstextes – nicht rasch genug auf das Ereignis reagieren können.
- Am 13. Juni 1942 wurde Pieck wieder „in deutschen Angelegenheiten“ bei Dimitroff vorstellig (DimTgb) und beschwerte sich über die „ungerechte[n] Beschuldigungen“.<sup>15</sup> „Diese *Verdächtigungen* bilden *fast* schon *eine Kampagne gegen uns*, aber sie finden keine *Grundlage* in unserer Arbeit“, heißt es in der nachträglichen Aufzeichnung Piecks.<sup>16</sup>

---

11 Ebd., Bl. 92 u. 94. Ähnliche Konsequenzen wurden auch in der Beratung Dimitroffs mit den Leitern der nationalen Rundfunkredaktionen vom 7. Juni 1942 (DimTgb) formuliert.

12 Ebd., Bl. 92.

13 Zitiert nach Müller, Reinhard: Die Akte Wehner. Moskau 1939 bis 1941. Berlin 1993, S. 401 f.

14 Notizen Piecks, Ny 4036/542, Bl. 94.

15 Ebd., Bl. 93.

16 Ebd., Bl. 94.

Daß Pieck wohl mit Recht hinter den bei verschiedenen Anlässen geäußerten Vorwürfen mehr sah als jeweils gegenstandsbezogene Kritiken, läßt seine deutliche Zurückweisung erkennen: Gegen eine sachliche Kritik sei nichts einzuwenden. Die Arbeit der deutschen Genossen sei ungenügend, weise Mängel auf, aber „politische Fehler“ seien nicht nachweisbar.<sup>17</sup> Offenbar nahm Pieck anhand der von ihm angefertigten Auflistung zu den einzelnen Kritikpunkten Stellung. Den kolportierten Vorwurf, die deutschen Genossen schrieben schlechtere Flugblätter als die Rote Armee konterte er mit dem Hinweis, die meisten Themenflugblätter der 7. Abteilung der Roten Armee seien von deutschen Genossen geschrieben worden.<sup>18</sup> Zugleich machte er geltend, daß die eigenen Flugblätter einen anderen Charakter trügen: „Wir müssen mehr *überzeugen* von dt. Interesse aus.“<sup>19</sup> Zu diskutieren sei darüber, wie etwas zweckmäßiger zu sagen wäre, ob eine bessere Argumentation denkbar und etwas kürzer zu fassen sei. Entschieden verwahrte sich Pieck gegen die Verdächtigung, den Bündnisvertrag zu unterschätzen: „*Unsere ganze Arbeit spricht gegen eine solche Verdächtigung.*“ Er hob besonders die „*scharfe Sprache*“ des Deutschen Volkssenders und die „*überzeugende Argumentation*“ der deutschen Genossen zur Beendigung des Krieges und zum Sturze Hitlers im sowjetischen Auslandsradio hervor.<sup>20</sup>

Mit diesem Gespräch bei Dimitroff schien die erste Welle frontaler Kritik an der KPD-Führung verebbt, denn Pieck vermerkte danach: Dimitroff sagt, daß es nicht nötig sei, weiter darüber zu sprechen, er habe schon richtiggestellt.<sup>21</sup> Daß Pieck es immerhin wagen konnte, gegenüber den verschiedenen Anwürfen eine verhältnismäßig selbstbewußte Verteidigungshaltung einzunehmen, erklärt sich vielleicht daraus: Er könnte gewußt oder zumindest geahnt haben, daß Manuilski bei Stalin keineswegs eine besondere Wertschätzung genoß (vgl. hierzu DimTgb, 26.4.39). Bei Dimitroff hatten die KPD-Führungskräfte, trotz dessen gleichfalls kritischer Sicht auf manche ihrer Haltungen, im allgemeinen wohl einen gewissen Rückhalt. Es ist wahrscheinlich kein Zufall, daß sie wenige Tage nach den geschilderten Konfliktsituationen, am 18. Juni 1942, in ihrem Glückwunschs Schreiben zum 60. Geburtstag des EKKI-Generalsekretärs den nationalen Aspekt – freilich im komintern- und sowjetüblichen Weihestil – zur Sprache brachten.<sup>22</sup> Übrigens ergab sich eine merkwürdige zeitliche Koinzidenz: Am 15. Juni 1942 teilte Manuilski, offensichtlich der Hauptkritiker an den deutschen Führungsleuten, Dimitroff mit, ihm sei vom KPdSU-Zentralkomitee der Auftrag erteilt worden, vorrangig auf dem Gebiet der Propaganda unter den Truppen des Gegners zu arbeiten.<sup>23</sup> Er bat darum, ihn dabei mit Ratschlägen zu unterstützen

---

17 Ebd.

18 Ebd., Bl. 93.

19 Ebd., Bl. 94.

20 Ebd.

21 Ebd.

22 SAPMO Barch, ZPA, Ny 4036/550, Bl. 14. In dem Schreiben heißt es: „Du lehrst uns unermüdlich, die letzten Reste des Nihilismus in der nationalen Frage zu überwinden und die KPD zu der Kraft zu machen, die im Bewußtsein der Massen als die Vertretung der nationalen Interessen des ganzen Volkes verankert ist. Du gibst uns täglich das Beispiel, wie bei tiefster Ergebenheit zur Sache des eigenen Volkes alle nationalen Probleme vom Standpunkt der höheren internationalen Interessen unseres Kampfes zu betrachten sind. Du lehrst uns, den Kampf um das freiheitliche und klassische Erbe unseres Volkes zu führen und dem Gegner nicht zu gestatten, die geschichtliche Vergangenheit und die kulturellen Leistungen unseres Volkes zu verfälschen und für seine dunklen, imperialistischen Pläne auszunützen.“

23 Manuilski war in den soeben gebildeten Rat für militärische Propaganda beim Chef der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee berufen worden und übernahm „die unmittelbare Führung der

und von der ständigen Arbeit im EKKI zu entbinden (DimTgb, 15.6.42). Deutete sich in dieser Personalentscheidung der sowjetischen Führung schon die Vorstellung Stalins an, die Komintern – jedenfalls im bisher offiziellen Sinne – als Auslaufmodell zu betrachten?

Ende Juni 1942 hatte dann die Sommeroffensive der deutschen Wehrmacht begonnen. Die Komintern-Kader wurden in dieser angespannten Lage von Dimitroff in einer Beratung des EKKI-Sekretariats mit Rundfunkredaktionen und Politarbeitern am 9. Juli 1942 ermahnt: „Sie dürfen nicht schwanken und zweifeln, wenn wir zeitweilig Mißerfolge erleiden und schweren Prüfungen ausgesetzt sind. Man muß tiefer und weiter blicken. Man muß fest bleiben und darf die Perspektive nicht aus den Augen verlieren, die für uns im wesentlichen ja günstig ist.“ Die Propaganda müsse „besonders offensiv und geschickt vorgehen, wenn an den Fronten zeitweilige Mißerfolge für uns zu verzeichnen sind“ (DimTgb). Gleichzeitig wurden von der sowjetischen Führung große Erwartungen in die Eröffnung der zweiten Front im Westen gesetzt, die laut Dimitroff nicht nur als Invasion anglo-amerikanischer Truppen, sondern auch als (notwendige) Entfaltung des Kampfes in den von Hitler okkupierten Ländern selbst verstanden werden sollte. Im Gegenzug gegen die neuen militärischen Bedrohungen wurde auch der Arbeit der deutschen Kommunisten in der Sowjetunion wieder ein größerer Stellenwert zuerkannt: „Kurs halten auf die Freistellung aller geeigneten Kräfte der KP Deutschlands für die deutsche Propaganda und für die auf Deutschland bezogene Arbeit im allgemeinen.“ Der Deutsche Volkssender sollte umfassend ausgebaut werden (DimTgb, 1.7.42).

Die Attacken gegen die KPD-Führung fanden indessen bald wieder ihre Fortsetzung an konkretem Gegenstand. In einer Beratung bei dem für Propagandaarbeit verantwortlichen Sowjetfunktionär Losowski am 18. Juli 1942 warf Manuilski Pieck vor, dieser habe in der erwähnten Komintern-Sitzung bei Dimitroff vom 9. Juli 1942 gesagt, die zweite Front sei nicht möglich, und die Überlegenheit des Kriegsbündnisses gegen Hitler herabgesetzt.<sup>24</sup> Pieck hatte, laut eigener nachträglicher Notiz, vor einigen zahlenmäßigen Übertreibungen hinsichtlich des mit der zweiten Front erreichbaren militärischen Kräftepotentials gewarnt.<sup>25</sup> Inzwischen aber war die an die deutschen KP-Funktionäre adressierte Kritik über inhaltlich wechselnde Konfliktsituationen und vordergründige Meinungsverschiedenheiten hinausgegangen. Längst hatte sie einen prinzipiellen Charakter angenommen, dazu angetan, tendenziell zugleich die nationale Identität der Angegriffenen zu denunzieren wie ihre antifaschistische Integrität zu verletzen. Davon zeugen Aufzeichnungen Piecks mit der dezidierten Überschrift „Selbstkritik“, die offenbar als Gedankengerüst für eine interne mündliche Stellungnahme gegenüber der Kominternführung dienten und wohl zwischen Mitte Juni und Mitte August 1942 entstanden sind.<sup>26</sup> (Seltsamerweise findet sich in den Dimitroff-

---

ideologischen Arbeit unter dem Gegner“. Vgl. Generalmajor Burzew, M. I.: Einsichten. Berlin (Ost) 1985, S. 97 u. 101.

24 Handschriftliche Notizen W. Piecks: „1942 18.7. Sitzung bei Losowski 2 Uhr“, SAPMO-Barch, ZPA, Ny 4036/542, Bl. 95. Die Notizen sind vermutlich Teil der nachträglichen Übersicht über den Gang der Auseinandersetzungen.

25 Ebd.

26 Handschriftliche Notizen W. Piecks: „Selbstkritik“, SAPMO Barch, ZPA, Ny 4036/497, Bl. 187–188. Das Papier wurde nachträglich, wohl bei Archivierungsarbeiten, mit dem handschriftlichen (Bleistift-) Vermerk „1942“ versehen. Inhaltliche Koordinaten des Textes, so der indirekte Bezug auf die in der Parteiversammlung des EKKI-Apparates (vom 29. Mai 1942) geäußerte Kritik an der Flugblatt-Agitation der KPD-Kader und der Verweis auf den (am 11. Juni 1942 bestätigten) Partei-

Tagebüchern kein konkreter Hinweis auf einen diesbezüglichen Gesprächsgegenstand).<sup>27</sup>

Am Anfang des Selbstkritik-Textes steht das pauschale, die deutschen Komintern-Kader im ganzen wie den KPD-Führungszirkel im besonderen umschließende Eingeständnis: „Wir sind uns der *großen Schwäche* bewußt, die unserer ganzen Arbeit anhaftet – daß wir [nicht] *klar* u. energisch genug die *Kampffragen* vor dem deutschen Volke gestellt [haben] – *zu sehr agitatorisch* – *weniger operativ*“.<sup>28</sup> Gerade in die Richtung auf größere Operativität und Mobilisierungskraft zielte aber die entschiedene Forderung Dimitroffs in der Sitzung des EKKI-Sekretariats mit den Rundfunkredaktionen vom 13. August 1942: die „nationalen Rundfunksendungen“, die wie der Deutsche Volkssender von der Sowjetunion aus operierten, nicht nur als „ein *propagandistisches*, sondern auch [als] ein *politisches* und *organisatorisches Organ* für das jeweilige Land“ zu gestalten, um als „das *entscheidende Kettenglied*“ eine „*nationale Antihitlerfront*“ zu organisieren (DimTgb, 13.8.42).

Als Hintergrund und gewisses Erklärungsmuster für die von Pieck benannten Schwächen wird mit notgedrungener Offenheit angegeben: gehemmt zu sein „durch [das] *Bewußtsein* von der *Schwäche unserer Organisation* im Lande“, der Tatsache, daß es „keine *zentrale Führung* dort“ und „keine *zentrale Zeitung*“ [als illegales mobilisierendes Organ] gebe. Im Hinblick auf „*unsere Möglichkeiten*, zum deutschen Volke zu sprechen“, wird für die eigene Agitationsarbeit ein „*große[r] Mangel in der Sprache*“ eingeräumt: „daß sie nicht genügenden kämpferischen, selbstbewußten, mutigen, mitreißenden und *haßerfüllten* Charakter trägt“, eine Schwäche, der man sich durchaus bewußt sei und die man zu beseitigen suche. Es sei „*aber falsch* – wenn daraus *der Schluß gezogen* wurde – daß man bei uns *keinen genügend[en] Haß gegen den Fasch[ismus]* verspürt – daß wir selber von der nationalen Borniertheit u. Überheblichkeit angekränkt seien, die die *fasch[istische] Rassenideologie* kennzeichnet.“<sup>29</sup> Als immanente Problematik und Schwierigkeit „unserer Agitation“ wird deren „*zweifache Aufgabe*“ beschrieben, bei deren Bewältigung oft Fehler gemacht würden. Einerseits müßten dem deutschen Volk seine nationalen Gebrechen aufgezeigt, müsse es angeklagt werden, daß es dem Faschismus Gefolgschaft leistet und mit verantwortlich ist für dessen Schandtaten. Andererseits aber müsse das deutsche Volk doch vom Faschismus losgelöst und zum Kampf gegen ihn geführt werden. Es sei die eigene Verbundenheit mit dem deutschen Volk zum Ausdruck zu bringen und ihm aufzuzeigen, daß der Faschismus sein Feind ist und vernichtet werden muß vom deutschen Volk.<sup>30</sup>

Neben den in der politisch-propagandistischen Arbeit zutage tretenden Schwächen werden „*andere Schwächen und sogar Entartungen*“ signalisiert, die sich „bei unseren *Kadern* (zeigen)“. Als partielle Ursachen dafür gelten deren „lange Entfernung vom Lande“, ihr „*Losgelöstsein* von jeder parteimäßigen *Massenkontrolle*“ und ihre „*Isoliertheit* vom täglichen Kampf mit dem Klassenfeinde“. Als Folgeerscheinung wird

---

ausschluß Herbert Wehners sowie Anklänge an Orientierungen von der Sitzung des EKKI-Sekretariats mit dem Mitarbeitern der Rundfunkredaktionen vom 13. August 1942 (DimTgb) bieten Anhaltspunkte für eine annähernde Datierung.

27 Das Dimitroff-Tagebuch verzeichnet im fraglichen Zeitraum nach Bekanntwerden des „Verrates“ Wehners folgende Termine von Beratungen Dimitroffs mit den KPD-Führern: 27.6., 1.7., 18.7.42, bzw. Gespräche mit Pieck: 10.6., 13.6., 3.7., 11.7., 3.8. und 11.8.42.

28 Notizen Piecks: „Selbstkritik“, Ny 4036/497, Bl. 187.

29 Ebd.

30 Ebd.

kritisch eingeschätzt, „daß *sie leicht innerlich zersetzt* [werden], *verspießern* und den revol.[utionären] Kampfgeist verlieren und in [einer] *schwierigen Situation* dem *Druck* des Feindes unterliegen“.<sup>31</sup> Die selbstkritische Aussage vermittelt hier auch den umfassenden Zuschnitt der an *den* deutschen Kadern geübten Kritik und damit den zunehmenden Druck, der auf alle Beteiligten zielt, die Tendenz zur Erziehung und Disziplinierung eines jeden, um seine ‚Wachsamkeit‘ herauszufordern. Nicht von ungefähr erscheint in diesem Zusammenhang die ‚Auswertung‘ des Falles Wehner als Zwang zur selbstbezüglichen Auseinandersetzung der KPD-Führung wie als Instrument der von ihr erwarteten Kadererziehung: „Wir haben leider einen solchen Fall *auch in unserer Parteiführung gehabt*, indem *Funk*<sup>32</sup> auf einem Posten, mit dem ihn die Partei betraut hatte – bei seiner Verhaftung Aussagen bei der Polizei machte, die *Parteiverrat* sind, und er aus der Partei ausgeschlossen werden mußte. [-] *Wir müssen uns selbst anklagen*, daß wir nicht *genügend unsere Kader festigen*, damit sie auch in schwieriger Situation ihre Aufgabe erfüllen. Der *Fall Funk* ist uns eine sehr, sehr ernste Lehre.“<sup>33</sup> Die Aufzeichnungen Piecks schließen mit der wiederholten Versicherung: „Wir sind *jeder Kritik umso mehr zugänglich* – als wir uns unserer *Schwächen* nur zu gut bewußt sind.“<sup>34</sup>

Von dem solcherart waltenden Klima von Kritik und Selbstkritik war auch ein Ereignis bestimmt, daß dennoch etwas Sonderbares an sich hatte: Pieck erhielt, vermutlich um den 20. August 1942 herum, auf dem Wege über die Redaktion der Zeitschrift *Die Kommunistische Internationale* einen ominösen Brief in russischer Sprache, datiert vom 31. Juli 1942.<sup>35</sup> Der Absender, der sich Iwan Leontjewitsch Russe nannte, gab an, an der Front zu stehen, und stellte sich als „einfaches Mitglied der KPdSU“ vor. Er bezog sich auf den Bericht eines illegal arbeitenden KPD-Funktionärs aus Berlin (Erwin) über die Lage in Deutschland nach dem Überfall auf die Sowjetunion, der unter dem Titel „Vom Siegesrausch zum Katzenjammer“ „auszugsweise“ in Nr. 12/1941 der Komintern-Zeitschrift erschienen war. Bei dem angeblichen Vor-Ort-Report von Mitte Dezember 1941 handelte es sich in Wahrheit – wie Pieck intern bekannt war – um ein Schreibtisch-Elaborat aus der Feder Manuilskis und des ungarischen Kominternfunktionärs und Redakteurs der Zeitschrift Ernö Gerö.<sup>36</sup> Der Briefschreiber konfrontierte Pieck geradewegs mit der unduldsamen Erwartungshaltung des kämpfenden Rotarmisten: „Wir an der Front wünschen uns eine andere Arbeit von Ihrer Partei, hauptsächlich in Deutschland.“ Er bekundete seinen Unmut darüber, daß sich „einige“ deutsche Kommunisten auf die Rote Armee verließen, die sie befreien soll. Dem KPD-

31 Ebd., Bl. 188. Wiederum zeigen sich hier Assoziationen zu Ermahnungen Dimitroffs auf der erwähnten Beratung mit den Rundfunkmitarbeitern der Komintern, wo es hieß: „Jegliche *Emigrantentümelei* ist zu unterlassen, es muß ein Gefühl für das *eigene Land* und das *eigene Volk* entwickelt werden. Man muß sich seiner Verantwortung für das Verhalten des eigenen Volkes in diesem Krieg voll und ganz bewußt sein. Jede Selbstbeschwichtigung und Selbstzufriedenheit ist abzulegen“ (DimTgb, 13.8.42).

32 Der Parteiname Herbert Wehners.

33 Notizen Piecks, Ny 4036/497, Bl. 188.

34 Ebd.

35 Iwan L. Russe an Wilhelm Pieck vom 31.7.42, SAPMO-BArch, ZPA, Ny 4036/539, Bl. 72.

36 Das geht aus einem handschriftlichen Vermerk Piecks auf einer Kopie des Artikels, SAPMO-BArch, ZPA, Ny 4036/539, Bl. 35, sowie aus dem Schreiben Piecks an Dimitroff vom 25. August 1942 zu dem betreffenden Vorgang, ebd., Bl. 71, hervor. Gerö war nach 1945 Mitglied des Politbüros des ZK der KP Ungarns bzw. der Partei der Ungarischen Werktätigen und 1956 nach Rakosis Sturz zeitweilig Erster Sekretär des ZK der Partei der Ungarischen Werktätigen; 1962 aus der Partei ausgeschlossen.



Vorsitzenden galt die gezielte Attacke: „Warum führen Sie Ihre deutschen Kommunisten nicht in den Kampf gegen Hitler und seine Clique?“ Vorwurfsvoll hieß es schließlich: „Wahrscheinlich fürchten einzelne Kommunisten für ihre Haut.“ Der Schreiber ersuchte Pieck um Antwort vermittelt der Redaktion der Zeitschrift.

Iwan L. Russe! – eine merkwürdige Kombination des überaus typischen russischen Vornamens mit einem nicht eben gewöhnlichen Familiennamen, beide freilich in gleichem Sinne symbolfähig und deutbar: Wollte oder sollte hier russischen Volkes Stimme von unten dem Adressaten entgegenschallen? Selbstermächtigung eines Einzelnen oder geplante Inszenierung? Jedenfalls ein gezielter Hieb. Pieck ahnte wohl mit Recht, daß hier ein seltsames Spiel mit pseudonymem oder fingiertem Hintergrund getrieben wurde, und entschloß sich, den Stier bei den Hörnern zu packen. Mit einem Brief an Dimitroff vom 25. August 1942,<sup>37</sup> dem das „Corpus Delicti“ beigelegt war, setzte er den Kominternchef über den Vorgang ins Bild. Mit halbironischer Geste schlug er vor, wie man nach seiner Vorstellung darauf reagieren könnte. Dem Absender eine Antwort über die Zeitschrift zu erteilen, erscheine ihm nicht zweckmäßig; aber er, Pieck, sei bereit, sich mit dem Schreiber [also dem Mann von der Front! H.L.] über die an der KPD und den deutschen Kommunisten geübte Kritik zu unterhalten. Sinnigerweise fügte Pieck hinzu: „Es scheint mir nämlich nicht so, daß er ein so einfaches Mitglied der KPdSU ist.“

Wie der Fall nun konkret ausging, darüber ist aus den vorliegenden Archivalien kein Aufschluß zu gewinnen. Zweifellos war Pieck aber auch der moralische Druck gegenwärtig, der dieser gezielten Kritik von sowjetrussischer Seite entsprang, als er in seiner Ansprache an deutsche Hörer im Moskauer Sender von 1. September 1942 dazu aufrief: „Laßt euch nicht betören abzuwarten, bis die Hitlerbande von außen her geschlagen und beseitigt sein wird. Dann werdet ihr euch mit der schweren Schuld beladen, mit dieser Verbrecherbande bis zum Ende gegangen zu sein.“<sup>38</sup> Und in einer weiteren Rundfunkrede vom 15. September 1942, die sich eigens mit den Verbrechen „der Nazibanditen“ in den okkupierten Ländern und in der Sowjetunion auseinandersetzte, warnte er nachdrücklich davor, „daß auch unser deutsches Volk für die Grausamkeiten der Nazibandite verantwortlich gemacht, daß es gehaßt und verachtet wird, solange es zu diesen Grausamkeiten schweigt und sie duldet, solange es nicht den offenen Kampf dagegen aufnimmt. [...] die Mordbanden der SS und Gestapo müssen von unseren eigenen deutschen Soldaten vernichtet werden.“<sup>39</sup>

Von den weiterhin schwelenden Konflikten zwischen deutschen Kommunisten und ihren sowjetischen Auftraggebern in dieser Phase zeugten auf ihre Weise auch die kritischen Explikationen, welche die Schriftsteller Willi Bredel und Erich Weinert bei Dimitroff an den Mann brachten (DimTgb, 7.9.42), als sie Gelegenheit hatten, ihn über ihre Tätigkeit im Moskauer Rundfunk und in der Politverwaltung der Roten Armee (also dem nunmehr vorrangigen Kampfplatz Manuilskis) zu informieren. „Sie beklagten“, heißt es da, „daß die Politverwaltung ihre Arbeit erschwert. Die russischen Genossen in der Politverwaltung berücksichtigten die deutsche Mentalität nicht und beständen oft auf einer Propaganda, die keine positive Wirkung haben könne.“

Im Oktober 1942 lief dann alles Schlag auf Schlag auf die vehemente, in den Dimensionen des Kominternapparates organisierte Auseinandersetzung mit den deutschen

37 SAPMO-BArch, ZPA, Ny 4036/539, Bl. 71.

38 Pieck, Wilhelm: Gesammelte Reden und Schriften. Bd. VI: 1939 bis Mai 1945. Berlin (Ost) 1979, S. 106.

39 Ebd., S. 111.

Kommunisten zu, die ganz unmittelbar auch die KPD-Führungsgruppe traf. Als Initialzündung wirkte dabei der bereits dargestellte Fall Hedeler/Dröll, und in gewollter Verknüpfung damit zeitigte der Fall Wehner seine fortdauernde, ja gesteigerte Wirkung. Anfang des Monats, vermutlich am 8. Oktober 1942, setzte die österreichische Kommunistin Ruth von Mayenburg (nach dem Parteinamen ihres Ehemannes Ernst Fischer: Ruth Wieden), die im Presseausschnitt- und Rundfunkabhördienst der EKKI-Presse- und Propagandaabteilung beschäftigt war,<sup>40</sup> die Kominternspitze über die anrühenden Schilderungen russischer Zivilisten und Kinder von deren Erfahrungen mit zeitweiliger deutscher Besatzung in Kenntnis, die der Redakteur des Deutschen Volkssenders Walter Hedeler ihr offenbart hatte, statt selber die zuständigen Komintern-Instanzen darüber zu informieren.<sup>41</sup> Ruth von Mayenburg verschweigt den Fall wohlweislich in ihrem Erinnerungsbuch. Am 12. Oktober 1942 erteilte Dimitroff daraufhin dem Stellvertretenden Leiter der Kaderabteilung des EKKI Below und dessen Mitarbeiterin Iwanowa sowie dem Stellvertretenden Leiter der operativen Abteilung Morosow den Auftrag, „den Vorfall mit den feindlichen Gesprächen“ Hedelers zu untersuchen (DimTgb). Nach Darstellung von Tischler faßte die eingesetzte Kommission auf Grundlage der schriftlichen Aussagen von Mayenburg und Hedeler<sup>42</sup> und deren mündlicher Befragung bereits am darauffolgenden Tage (13. Oktober 1942) einen Beschluß.<sup>43</sup> Der Einschätzung, daß Hedeler, objektiv gesehen, zum „Sprachrohr faschistischer Agitation“ geworden sei, schloß sich die für notwendig befundene Konsequenz an, ihn „von seinem Posten als Radiosprecher abzulösen, die deutsche Partei über seinen weiteren Verbleib in der Partei beschließen zu lassen, alle Materialien dem NKVD zu übergeben und die Parteiorganisation der Presseabteilung zu beauftragen, die Frage der Wachsamkeit zu erörtern.“<sup>44</sup>

Die KPD-Führung befaßte sich an den darauffolgenden Tagen in zwei Sitzungen, auch unter Vorladung Hedelers, mit dem Fall und faßte den Beschluß, „daß sein Verhalten unvereinbar mit dem weiteren Verbleiben in der KPD ist und daß er dementsprechend auch aus der Arbeit im Kominternapparat entfernt werden muß“.<sup>45</sup> In dem darüber informierenden Schreiben Piecks an Dimitroff vom 17. Oktober 1942 hieß es, Hedeler gebe zu, einen schweren Fehler gemacht und damit auch die feindliche Agitation, wenn auch ungewollt, unterstützt zu haben. Pieck suchte zugleich namens der Führungskader beim EKKI-Generalsekretär einige Milde für den Beschuldigten zu erwirken, indem er dessen desolante Verfassung nach der Mitteilung des Parteiausschlusses schilderte: „Er ist tatsächlich physisch zusammengebrochen, [...] war ganz verzweifelt, [...] erklärte, [...] daß damit sein politisches Leben verpfuscht sei.“ Außerdem billigte er ihm subjektiv durchaus lautere Motive zu. „Es war für uns klar“, schrieb Pieck,

---

40 Mayenburg, Ruth von: Hotel Lux. Das Absteigequartier der Weltrevolution. München/Zürich 1991, S. 286.

41 Der von Carola Tischler (Flucht, S. 205) als Quelle ihrer Darstellung angegebene Brief von Ruth Wieden vom 8. Oktober 1942 (Russisches Zentrum zur Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte, 495/73/151, S. 162–163) stellt wohl die originäre Denunziation dar.

42 Quelle nach Tischler: Flucht, S. 205; Brief Hedeler an Below vom 12.10.42, Russisches Zentrum, ebd., S. 168.

43 Im folgenden zitiert nach der indirekten Wiedergabe bei Tischler (Flucht, S. 205), für die sie leider nicht die Quelle angibt.

44 Tischler: Flucht, S. 205.

45 Brief W. Pieck an Dimitroff vom 17.10.1942, SAPMO-BArch, ZPA, Ny 4036/539, Bl. 78. Lt. Tischler (Flucht, S. 205) datiert der Beschluß vom 15.10.1942.

„daß Hedeler nicht in schlechter Absicht solche Gerüchte weiterverbreitet hat und daß ihm zu glauben ist, daß er sich ehrlich über diese Gerüchte entrüstete und auch wollte, daß dagegen vorgegangen werden müßte.“ Im Gestus behutsamen Lavierens teilte Pieck mit, er habe Hedeler gesagt, daß er noch die Möglichkeit habe, und ihm den „Ratschlag“ gegeben, sich wegen des Beschlusses persönlich an Dimitroff zu wenden. Er verband damit ein vorsichtiges Ansinnen. „Die Frage ist nun“, so Pieck, „die ich Dir persönlich zur Erwähnung stelle, ob es unter den gegebenen Umständen möglich ist, den Ausschlußbeschuß in irgendeiner Form abzuändern. Die nächst mildere Strafe wäre eine ernste Rüge mit Verwarnung, natürlich bei Entfernung aus der Kominternarbeit. Wir haben diese Frage auch erörtert. Aber wir halten es für uns als Parteiführung nicht für angebracht, von dem Ausschluß abzusehen. Ich würde es auch voll verstehen, wenn Du unseren Beschluß bestätigst.“<sup>46</sup>

Indessen verkomplizierte sich die Angelegenheit noch, als bekannt wurde, daß der Beschuldigte auch seine Redaktionskollegen im Deutschen Volkssender Karl Dröll und Fritz Apelt (Parteiname: Becker) in seine unzulässigen Erkenntnisse eingeweiht hatte und auch diese es versäumt hatten, der Kaderabteilung des EKKI pflichtschuldigst Meldung über die Vorgänge zu erstatten. Hedeler hatte in seiner schriftlichen Aussage die Unterhaltungen mit den Kollegen erwähnt, vielleicht auch in der Absicht, dadurch die Bedeutung des Gesprächs mit Ruth Wieden zu relativieren.<sup>47</sup> Schließlich hatte sich Ackermann als Chefredakteur des Deutschen Volkssenders den Fauxpas geleistet, Beiträge Hedelers noch nach dessen Parteiausschluß in die Zusammenstellung einer Radiosendung einzubeziehen.<sup>48</sup> Der ganze Fall gewann seine besondere Brisanz natürlich vor dem Hintergrund der für die Sowjetunion anhaltend dramatischen Kriegssituation, die für Spionagefurcht und verwandte Psychosen ebenso anfällig machen konnte wie für allergisches Reagieren auf Erfahrungssplitter einer widerspruchsvollen Wirklichkeit, die sich nicht ins obligate Grobraster einer offiziellen Feindbildpropaganda einfügte. Soweit es den konkreten Vorgang betraf, fielen dabei wohl vor allem zwei Umstände ins Gewicht. Zum einen waren nachdrückliche Warnungen vor feindlicher Diversionstätigkeit vorausgegangen. Im Juni 1942 war die Frage der „Erhöhung der politischen *Wachsamkeit* im Zusammenhang mit dem Einschleusen von deutschen Spionen und Diversanten auf unser Territorium“ expliziter Gegenstand eines internen Briefes des Moskauer Parteikomitees der KPdSU gewesen, der in einer Parteiversammlung des EKKI-Apparats am 25. Juni 1942, auch mit einer entsprechenden Entschließung, ausgewertet worden war (DimTgb). Pieck hatte sich in diesem Zusammenhang eigens mit den Mitarbeitern des Deutschen Volkssenders über „Sicherungsmaßnahmen gegen feindl[iche] Elemente“ verständigt, unter Verweis darauf, daß Moskau „Frontgebiet“ sei. In einer Auflistung der gebotenen Verhaltensregeln war als ausdrücklicher Punkt (2d) festgehalten: „*Meldungen über Beobachtungen* verdächtiger oder auffallender Gespräche oder Verhalten, auch antisowj[etische] Äußerungen über Versorgung“.<sup>49</sup> Zum anderen wirkte verschärfend auf den Umgang mit dem Fall Hedeler/Dröll und auf das allgemeine Klima, in das er geriet, gewiß auch der Umstand, daß eine neue sowjetische Kampagne zur Enthüllung der Grausamkeiten der Nazibande in den okkupierten Ländern in Gang gesetzt worden war. Mitten in die Untersuchung der Angele-

---

46 Ebd.

47 Vgl. hierzu Tischler: *Flucht*, S. 205.

48 Protokoll der Sitzung [der KPD-Führung] vom 31.10.1942, SAPMO-BArch, ZPA 3/1/313, Bl. 74.

49 Handschriftliche Notizen W. Piecks: „Parteivers.[ammlung] 25.6.“[1942], SAPMO BArch, ZPA, Ny 4036/497, Bl. 149.

genheit, nämlich am 15. Oktober 1942, fiel die Veröffentlichung einer Note der Sowjetregierung „über die Bestrafung der Hitlerschen Verbrecher und Helfershelfer“.<sup>50</sup> In deren Folge wurde am 2. November 1942 eine Verordnung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR über die Bildung einer Außerordentlichen Staatlichen Kommission „zur Feststellung und Untersuchung der Verbrechen der deutschfaschistischen Okkupanten und ihrer Helfershelfer“ erlassen.<sup>51</sup> Bereits im zeitlichen Vorfeld der Kampagne hatte sich Pieck in der schon erwähnten Rundfunkrede vom 15. September 1942 mit dem prekären Thema befaßt.

Die Behandlung der aktuellen Kaderangelegenheit durch die KPD-Führung wurde unter diesen Umständen, wie sich bald zeigen sollte, von maßgeblichen EKKI-Funktionären als zu zögerlich und inkonsequent bewertet; erwartet wurde ein entschlossenes und strenges Vorgehen gegen alle Beschuldigten, auch gegen die untätigen Mithörer der ‘faschistischen Gerüchte’. So lief denn alles hin auf jene gezielt zu dem Fall veranstaltete und zugleich mit weitergehender Bedeutung aufgeladene Parteiversammlung des internationalen Kominternapparats – des Sekretariats und der Presse- und Propagandaabteilung des EKKI –, die in drei abendlichen Akten vom 27. bis 29. Oktober 1942 in Szene gesetzt wurde und als direkte Auseinandersetzung mit den deutschen Genossen und der KPD-Führungsgruppe angelegt war.

Der Tenor dieser vielstündigen Debatte ist, wie bereits dargestellt, indirekt ablesbar an der von Pieck vorgenommenen Aufbereitung des Ganzen auf den nachfolgenden deutschen Parteiversammlungen, die er mit konkreten inhaltlichen, auch verbalen Verweisen untersetzte. Einen näheren Einblick in Substanz und Atmosphäre der dreitägigen Prozedur vermitteln stichwortartige handschriftliche Notizen Piecks über das Auftreten von fünf verantwortlichen Kominternfunktionären, deren Attacken offenbar den Gang der Aussprache maßgeblich prägten und ausschlaggebend waren für den vorgesehenen Inhalt der angenommenen Entschließung.<sup>52</sup> Es handelt sich um die Redebeiträge von Ernst Fischer (Parteiame: Wieden), ZK-Mitglied der KP Österreichs,<sup>53</sup> von Tomás Hernández, seit 1939 Vertreter der KP Spaniens beim EKKI,<sup>54</sup> von József Revai, Mitglied des ZK der KP Ungarns und seit 1939 Mitarbeiter des EKKI, und von dem Sowjetrussen Boris N. Ponomarjow, seit 1937 einflußreicher politischer Mitarbeiter Dimitroffs und ideologischer Gewährsmann,<sup>55</sup> sowie um das Schlußwort des Sowjetrussen Jakow Z. Mirow, seit 1939 verantwortlicher Redakteur der Komintern-Zeitschrift bzw. Sekretär des EKKI. Die Reihenfolge ihres Auftretens scheint keines-

---

50 Auf diese Note verweist eine vom Leiter der Propaganda- und Presseabteilung des EKKI Friedrich (eigentlich Bedřich Geminder) am 16.10.1942 ergangene Anleitung an die Redaktionen der Sender, SAPMO-BArch, ZPA, Ny 4036/568, Bl. 59.

51 Vgl. Dimitroff: *Kommentare und Materialien*, S. 218.

52 Handschriftliche Notizen W. Piecks: „Aus Parteidiskussion (Fall Hedler [sic] 27.28.29.Okt.42)“, Ny 4036/497, Bl. 181–183. Pieck hatte sich die Notizen über diese Redebeiträge wohl für die notwendige Auswertung zusammengestellt. Tischler, (*Flucht*, S. 206) gibt – gestützt auf ihre Einsichtnahme in das Protokoll der Versammlung im Russischen Zentrum zur Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte, Moskau – eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Vorwürfe an die deutschen Kominternmitarbeiter, mit der sich unsere detaillierte Darstellung anhand der Pieck-Notizen im Einklang befindet.

53 Ab 1935 Parteivertreter der KPÖ beim EKKI, seit 1938 in Moskau als Redaktionssekretär der Zeitschrift *Die Kommunistische Internationale* tätig, während des Krieges auch ständiger Hauptkommentator des deutschsprachigen sowjetischen Auslandsradios.

54 Hernández wurde später (1943 oder 1945 ?) aus der Partei ausgeschlossen.

55 Später (1961–1986) Sekretär des ZK der KPdSU.

wegs zufällig gewesen zu sein: Der mit den deutschen Kombattanten wiederholt im Streite liegende Ernst Fischer gab den Richtungsimpuls,<sup>56</sup> die russischen Funktionäre bestritten das Finale. Dimitroff, der in der unmittelbaren Vorphase der Auseinandersetzung erkrankt war und die dringenden Angelegenheiten telefonisch von zu Hause aus regelte (DimTgb, 15.10.–27.10.42), nahm an den Versammlungen selbst nicht teil, hielt sich aber im entscheidenden Moment auf dem laufenden und operierte mit lenkender Hand im Hintergrund. Am Tag nach der ersten Zusammenkunft ließ er sich vom Sekretär des Parteikomitees Plischewskij und von Ponomarjow über den Verlauf der Versammlung wegen des Ausschlusses Hedelers „als gesellschaftlich schädliches Element“ aus der KPD informieren und führte anschließend ein Gespräch mit Pieck „zu deutschen Angelegenheiten“ (DimTgb, 28.10.42). Tags darauf beriet er mit den vier Führungskräften der KPD „aus Anlaß der Parteiversammlung und der Kritik führender deutscher Genossen, der Reorganisation der deutschen Rundfunkredaktion und [die] weitere Arbeit in Richtung Deutschland“. Vor dem abschließenden abendlichen Versammlungsakt am 29. Oktober 1942 beriet er wiederum mit Plischewskij und Ponomarjow „zur Frage, wie die Diskussion des Falles Hedeler in der Parteiorganisation beendet wird“ (DimTgb, 29.10.42).

Wer von den deutschen Genossen auf der Versammlung das Wort erhielt (offenbar vor allem an den ersten beiden Abenden) und was sie zu den Vorwürfen zu sagen hatten, läßt sich nur aus entsprechenden Bezügen in den von Pieck wiedergegebenen Beiträgen erschließen bzw. nur andeutungsweise erkennen. Genannt werden außer den unmittelbar Betroffenen – Dröll und Apelt (Becker) – die KPD-Führungsleute Florin, Ulbricht und Ackermann sowie die Mitarbeiter der deutschen Sender bei der Komintern Hans Mahle<sup>57</sup>, Karl Maron und Otto Winzer (Parteiame: Lorenz)<sup>58</sup>. Es ist aber mit einiger Sicherheit anzunehmen, daß auch Pieck selbst als der führende Funktionär der deutschen Partei zur Stellungnahme herausgefordert war. Die von vornherein latente Tendenz, die Verhandlung über den gegebenen Fall zu einer pauschalen Kritik an den deutschen Genossen auszuweiten, verstärkte sich offenkundig, als die selbstkritischen Meinungsäußerungen und Reaktionen der direkt Belasteten, aber auch der Führungskräfte der KPD nicht zur Zufriedenheit der verantwortlichen Lenker des Verfahrens ausfielen. Ernst Fischer insistierte darauf, die „pol[itische] Atmosphäre [zu] berücksichtigen, in der dieser Fall aufgetreten“ sei, und nach den „pol[itischen] Ursachen“ zu fragen. Seine Diagnose: „1.) Isolierung der dtsh. Genossen innerhalb der dtsh. Partei“ und „2.) Isolierung der dtsh. Partei anderen Parteien gegenüber. Zentrale Frage ist nationale Überheblichkeit.“<sup>59</sup> Hernández bekräftigte eine solche Vorgehensweise: Man solle „nicht über einzelne dtsh. Gen[ossen] sprechen, es geht um [die] große Mehrheit der dtsh. Gen[ossen].“ Und zusammenfassend lautete sein Urteil: „Das ganze deutsche Kollektiv steht zur Verantwortung.“<sup>60</sup> Revai wollte „im

56 In seinem Lebensrückblick (Erinnerungen und Reflexionen. Hamburg 1969, S. 459) spricht Fischer von einem „zähen unterirdischen Kampf um Österreich – nicht nur mit den deutschen Kommunisten“ und verweist auf Molotow, der „'großdeutsch', gegen ein unabhängiges Österreich“ gewesen sei.

57 Speziell verantwortlich für den Jugendsender „Sturmadler“.

58 Verantwortlicher Leiter des „Soldatensenders“.

59 Vgl. FN 47. Wir geben hier wie in allen folgenden Zitaten aus Piecks Notizen von der Versammlung auch seine Rot- bzw. Blaustift-Unterstreichungen wieder, die offensichtlich der Auswertung der Kritiken im Hinblick auf seine eigene Stellungnahme dienten.

60 Ebd., Bl. 182.

Denken vieler dtsh. Gen[ossen] *Großmachts-Chauvinismus*“ sehen.<sup>61</sup> Ponomarjow konstatierte: „Der Fall Hed[e]ler hat sich sehr erweitert, zeigt großen Mangel in [der] deutschen Redaktion. [Die] *Genossen sind zuerst Deutsche, dann erst Antifasch[isten]*.“<sup>62</sup> Und Mirow im Schlußwort: „[Der] Fall Hed[e]ler hätte kurz erledigt werden können, wenn Einzelfall.“<sup>63</sup> Knallhart formulierte er (laut verknappter Wiedergabe bei Pieck): „*Im Prozeß des Krieges Wahl treffen – ob auf Position eines sowj[etischen] Patrioten oder Pos[ition] eines beleidigten Deutschen.*“<sup>64</sup> Es gehe um „Selbstkritik auf prinzipieller Linie – des Hasses gegen [den] Fasch[ismus]“.<sup>65</sup> Zugleich bezog er sich auf das Stalinwort: „Die Erfahrungen der Geschichte besagen daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“<sup>66</sup>

Mit den hier von uns herausgehobenen allgemeineren bzw. zusammenfassenden Aussagen sind Kernpunkte in den Reden der Kominternfunktionäre benannt, die offenkundig in der Debatte den Ton angaben: die Kritik an den, den deutschen Genossen unterstellten negativen Verhaltensweisen: nationale Überheblichkeit und Chauvinismus; mangelhaftes kritisches Verhalten zum deutschen Volk in seinem gegenwärtigen realen Habitus; ungenügende leidenschaftliche Kampfhaltung gegen den Faschismus an der Seite der Sowjetunion; Isoliertheit gegenüber den anderen Parteien in der Moskauer Komintern; weiter die Frage nach den politischen Ursachen dieser Phänomene; schließlich die Aufforderung, die KPD kampffähiger und wirksamer zu machen für das schwere Ringen der Sowjetunion mit dem Feind, das auch zur Perspektive der angestrebten Gestalt eines künftigen Deutschlands in Beziehung gesetzt wurde. Dabei mischte sich in den Gang der Aussprache faktisch immer wieder der Vorwurf an die Mitglieder der KPD-Führung und die Mehrzahl der anderen deutschen Parteikader, den notwendigen Klärungsprozeß zum ‘Fall’ weder konsequent betrieben noch auf der Versammlung selbst mit vorangebracht zu haben. Im folgenden unternehmen wir den Versuch, die Problem- und Argumentationszusammenhänge der einzelnen Auftritte in der Diskussion anhand der notizenhaften Wiedergaben bei Pieck so weitgehend wie möglich zu rekonstruieren und zu interpretieren.

Ernst Fischer (Wieden) wertet zunächst das Ausgangsdelikt der Auseinandersetzung, die Handlungsweise Hedelers, als „*Propaganda für [den] Faschismus*“.<sup>67</sup> Becker (Apelt) und Dröll seien „als Komödianten aufgetreten“.<sup>68</sup> Über die (von Fischer offenkundig für wesentlich befundene) Frage nach den „*pol[itischen] Ursachen*“ des Falles hätten Maron und Lorenz (Winzer) gesprochen. Maron will er gar das lobende Prädikat „Stimme eines deutschen Arbeiters“ zuerkennen, woraufhin Apelt den Zwischenruf wagt: „Ich bin auch ein Arbeiter.“<sup>69</sup> Ackermann und Ulbricht trifft dagegen sein Vorwurf, sich dem Problem nicht gestellt zu haben, „so daß andere darüber sprechen

---

61 Ebd.

62 Ebd., Bl. 183. Die Feststellung zielt offenbar auf das gesamte Redaktionskollektiv der deutschen Kominternsender, für die am 1. Juli 1942 eine „allgemeine Redaktion“ unter der direkten politischen Verantwortung von Pieck gebildet worden war (vgl. DimTgb, 1.7.42).

63 Ebd.

64 Ebd.

65 Ebd.

66 Ebd.; Originaltext des Zitats aus: Befehl des Volkskommissars für Verteidigung Nr. 55. Moskau, 23. Februar 1942. In: Stalin, Über den Großen Vaterländischen Krieg, S. 49 f.

67 Ebd., Bl. 181.

68 Ebd. Gemeint ist wohl ihr Auftreten in der Diskussion.

69 Vgl. ebd.

müssen“.<sup>70</sup> Seine eigene Antwort läuft auf die bereits zitierte Charakteristik der deutschen Genossen (Isoliertheit) hinaus. In seine pauschale Vorhaltung ihrer „nationale[n] Überheblichkeit“ schließt er auch „verletzende Einstellungen gegenüber dem russ[ischen] Volk“ ein (über die er indessen nicht sprechen wolle). Es folgt die frontale Attacke: „Eine Reihe führender Genossen haben zur *dtsh. Nation keine richtige Einstellung*.“<sup>71</sup> Der unterstellten Position wird Lenins Sichtweise in seinem Aufsatz „Über den Nationalstolz der Großrussen“ (von Dezember 1914)<sup>72</sup> entgegengehalten, in der Liebe und Haß als notwendige Komplemente des nationalen Stolzes verstanden werden: Liebe zur eigenen Sprache und Heimat, Stolz auf den Widerstand der eigenen Nation gegen politische, soziale und nationale Unterdrückung und auf den Kampf der revolutionären Klasse; Haß gegen die eigene sklavische Vergangenheit und Gegenwart.<sup>73</sup> Das deutsche Volk, so Fischer, sei „hundertmal mehr Sklavenvolk“ und „die nationale Entwürdigung viel größer“.<sup>74</sup> Fischers Konsequenz und Aufforderung an die deutschen Genossen: „*Als Deutscher müßte man kochen vor Haß gegen alles Knechtische in der deutschen Nation*. Man muß den Deutschen den Spiegel vorhalten – das seid Ihr geworden unter dem Faschismus.“<sup>75</sup> Diese Auseinandersetzung verlange ein „tieferes Eindringen in die Geschichte [der] dtsh. Nat[ion]“, „*aber jedesmal [stoße man] bei deutschen Genossen wie gegen eine Wand*.“ Als Beispiel aus eigener Erfahrung erwähnt er einen entsprechenden Vortrag, den er in der „Schule“ (es handelt sich sicher um die im Herbst 1941 in Kuschnarenkowo bei Ufa eingerichtete Kominternschule) gehalten habe und der als Artikel erschienen sei und in russischen Schulen als Grundlage benutzt werde. Die darin vertretenen Auffassungen seien von Ulbricht als „antimarxistische ideologische, soziald[emokratische] Einstellung zur deutschen Geschichte“ bezeichnet worden, und es sei bisher nicht gelungen, diesen Artikel in deutscher Sprache vorzulegen.“<sup>76</sup> Gleichsam als gängige Verhaltensweise attestiert Fischer den Sprachgefährten: „*Die meisten deutschen Genossen vertragen keine Kritik – hauen auf den Tisch, alles geht mit Krach aus*.“<sup>77</sup> Man solle (jetzt) nicht sagen, hier richte sich alles gegen die deutschen Genossen – das sei Unsinn.<sup>78</sup> „*Alle erwarten von den deutschen Genossen, daß sie vorangehen im Kampfe gegen [den] Faschismus – als Fahnenträger für unterdrückte Nationen*.“ Und viele hätten von ihnen „heißeste Leidenschaft für den Kampf der Sowjetvölker und der R[oten] A[rmee]“ erwartet.<sup>79</sup> Ab-

---

70 Vgl. ebd.

71 Ebd.

72 Lenin, W. I.: Ausgewählte Werke in sechs Bänden. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin (Ost) 1970, Bd. II, S. 533 ff.

73 Lenin zitiert unter anderem den russischen revolutionären Demokraten des 19. Jahrhunderts, Tschernyschewskij, mit dem Satz: „Eine erbärmliche Nation, eine Nation von Sklaven, von oben bis unten – alles Sklaven.“ Ebd., S. 534.

74 Vgl. SAPMO-BArch, ZPA, Ny 4036/497, Bl. 181. Assoziiert wird hier Lenins Aussage im selben Aufsatz (angeschlossen an das Marx/Engels Diktum: „Ein Volk, das andere unterdrückt, kann sich nicht selbst emanzipieren“). „Und wir großrussischen Arbeiter, die wir vom Gefühl nationalen Stolzes erfüllt sind, wollen um jeden Preis ein freies und unabhängiges, ein selbständiges, demokratisches, republikanisches, stolzes Großrußland, das seine Beziehungen zu den Nachbarn auf dem menschlichen Prinzip der Gleichheit aufbaut und nicht auf dem eine große Nation entwürdigenden fronherrlichen Prinzip der Privilegien“ (Lenin: Werke, Bd.II, S. 535 f.).

75 SAPMO-BArch, ZPA, Ny 4036/497, Bl. 181.

76 Vgl. ebd.

77 Ebd.

78 Ebd.

79 Ebd.

schließend gibt sich Fischer trotz allem „fest überzeugt“, wenn die deutschen Genossen ihre „*falsche Empfindsamkeit*“ ablegten, werde die ganze Atmosphäre besser werden. Nicht um ein Prestige gehe es, sondern „um [die] Frage – Deutschland – auf Tod u[nd] Leben“. In solchem Sinne spricht er von „tiefer Kameradschaft“ mit den deutschen Genossen.<sup>80</sup>

Hernández bilanziert am dritten Versammlungstag, erst jetzt sei man an die Probleme herangekommen. Was die deutschen Genossen zu ihrer Erklärung getan hätten, befriedige nicht, es habe die Entrüstung eher noch gesteigert. Sogar aus den abgegebenen Erklärungen einzelner deutscher Genossen ersehe man, „*daß ihnen der Landsmann lieber ist als der Genosse*.“<sup>81</sup> Auch er erhebt den verallgemeinernden Vorwurf: „Im deutschen Kollektiv ist etwas nicht in Ordnung.“<sup>82</sup> „*Deutscher Stolz*“ und „*Überheblichkeit*“ unterschieden die deutschen Genossen von denen der anderen Nationen (im Komintern-Apparat), und sie seien „*nicht gewillt, uns zu helfen*“.<sup>83</sup> Florin habe in der Diskussion zwar eine klare Vorstellung über die vom Feind benutzten Argumente gegeben. „*Besser wären [jedoch] Lehren, warum nicht das erforderliche pol[itische] Leben unter den dtsh. Gen[ossen]*“ entwickelt sei.<sup>84</sup> Hernández sieht deren Überheblichkeit auch in der Denkweise verantwortlicher Mitarbeiter der Redaktion (offensichtlich ist die allgemeine Redaktion der deutschen Sender bei der Komintern gemeint), die in seiner Wahrnehmung dazu geschwiegen hätten, daß von Hitler ein großer Teil der deutschen Arbeiterklasse zersetzt, der „*Nationalstolz*“ ausgenutzt, die „*Rassentheorie*“ zur Geltung gebracht und Bewunderung für die deutsche Armee erzeugt worden sei.<sup>85</sup> Nachdrücklich fordert er, das ganze deutsche Kollektiv an seine Verantwortung zu erinnern: „*Wir wollen wissen, wie diese Erscheinung [zu] erklären [ist], warum [sie] erst ihre Landsleute, erst dann [den] Feind [sehen]*.“<sup>86</sup>

Révai, der eine „*gewisse Scheu*“ bei den deutschen Genossen ausmacht, „die Dinge beim richtigen Namen zu nennen“, wirft ihnen „*Versöhnertum*“ *gegenüber [dem] Eindringen fasch[istischer] Ideologie*“ und „*faule[n] Liberalismus gegenüber dem Reaktionären in der deutschen Ideologie*“ und in den historischen Traditionen vor.<sup>87</sup> Distanziert spielt er auf zurückliegende Bestrebungen unter den deutschen Parteikadern an, die „*pos[itiven] Momente*“ in der deutschen Geschichte zu entdecken. Er erwähnt Äußerungen, „man müsse sogar beim Alten Fritz anknüpfen“, und es sei Revision des Standpunktes von Mehring nötig.<sup>88</sup> Aufschlußreich ist, daß er solche Haltungen, die ihm „nicht zufällig“ erscheinen, in einen Zusammenhang bringt mit Einstellungen, wie sie in der Zeit des Hitler-Stalin-Paktes genährt wurden und die darauf hinausliefen, „England mehr [zu] hassen als [den] dtsh. Imp[erialismus]“, „was eine verheerende Wirkung“ gehabt hätte. Die „*Unterschätzung des dtsh. Imp[erialismus]*“ habe dazu geführt, daß die deutschen Genossen vom Angriff Hitlerdeutschlands „*überrumpelt*“ worden seien.<sup>89</sup> Révai bekräftigt den Gedankengang Ernst Fischers, das Sklavische in

---

80 Vgl. ebd.

81 Vgl. ebd., Bl. 182.

82 Ebd.

83 Vgl. ebd.

84 Vgl. ebd.

85 Vgl. Ebd.

86 Vgl. ebd.

87 Ebd.

88 Vgl. ebd.

89 Vgl. ebd.



einer Nation zu geißeln; dies sei „*die edelste Aufgabe eines Kom[munisten]*“. Er verstehe das Bestreben, nicht isoliert sein zu wollen von seinem Volk, aber es dürften nicht Konzessionen an das Reaktionäre im Volk gemacht werden.<sup>90</sup> „*Die Umerziehung des deutschen Volkes*“, die „*nur durch [die] dtsh. Kom[munisten]*“ geleistet werden könne, verlange „*lodernd[en] Haß gegen [die] Reaktion im dtsh. Volke*.“<sup>91</sup>

Ponomarjow, der wiederum Lenins Polemik gegen den großrussischen Chauvinismus apostrophiert, liefert eine ungehemmt anklägerische Charakteristik der Mitarbeiter der deutschen Senderredaktion: „*[Die] Genossen sind mehr verbunden mit [dem] fasch[istischen] Deutschland als mit [dem] antifasch[istischen] Deutschland*.“<sup>92</sup> Er weiß kollektives und individuelles Verhalten zu rügen: Oft würden von ihnen Schwierigkeiten des Kampfes hervorgekehrt, Ackermann habe Halbheiten begangen, Becker (Apelt) habe Familieninteressen über die Arbeit gestellt. Außerdem fordert er mehr Arbeit von den deutschen Genossen ein.<sup>93</sup> Für die Klage Marons, daß keine deutschen Parteizusammenkünfte mehr stattfänden und keine Gelegenheit zu Aussprachen mit der KPD-Parteiführung gegeben sei, bekundet er Verständnis, und erinnert in diesem Zusammenhang an die in seiner Sicht nicht kritisch zu Ende geführten Diskussionen auf den Versammlungen der Komintern im Evakuierungsort Ufa.<sup>94</sup> Schließlich meldet sich in Ponomarjow die ausdrückliche Stimme des sowjetrussischen Funktionärs, der darauf aufmerksam macht, daß in Versammlungen der russischen Genossen (gemeint sind wohl die russischen Apparatmitarbeiter des EKKI) danach gefragt werde, wie die KPD arbeite und was mit Thälmann sei. Er verbindet solche Anmahnung der Pflichten und Aufgaben der Partei mit der Aufforderung zu „*mehr Solidarität mit [dem] Sowj[et]volk*“.<sup>95</sup>

Mirow als autoritativ bilanzierender Redner hebt kritisch darauf ab, daß man drei Versammlungen benötigt habe, um die Frage zu klären, „*wie ein solches Versöhnertum im dtsh. Kollektiv entstehen konnte*“.<sup>96</sup> Die deutschen Genossen trifft sein Vorwurf, dabei nicht geholfen zu haben. Der (von der KPD-Führung vollzogene) Parteiausschluß Hedelers sei „*nur formell*“ gehandhabt worden und beruhe nicht auf der „*Überzeugung, daß er ein Feind*“ sei. Mirow belegt solches Verhalten mit den Vokabeln „*Duldsamkeit*“ und „*fauler Liberalismus*“.<sup>97</sup> Auch stelle sich die Frage, warum die Angelegenheit nicht früher bemerkt worden sei. Tadel erteilt der Redner den Auftritten Drölls<sup>98</sup> und Ackermanns in der Diskussion (dem letzteren wird Überheblichkeit bescheinigt), während er die Stellungnahme von Mahle und Maron als aufrichtige Selbstkritik wertet.<sup>99</sup> Als Kern der ganzen politischen Fragestellung erscheint Mirow offenbar, gleich den anderen Liniengebern, das Nichtverstehen der nationalen Frage.<sup>100</sup>

---

90 Vgl. ebd.

91 Ebd.

92 Ebd. Bl. 183.

93 Ebd.

94 Vgl. ebd.

95 Ebd.

96 Vgl. ebd, Bl. 183.

97 Ebd.

98 Dröll war der Versammlung am ersten Abend ferngeblieben. Vgl. „Protokoll der Sitzung [der KPD-Führung] vom 31. Oktober 1942, SAPMO-BArch, ZPA, 3/1/313, Bl. 74.

99 Ebd.

100 Vgl. ebd.

Immerhin scheint er Florin zuzugestehen, daß dieser die Frage „*angetastet*“ habe.<sup>101</sup> Seinen direkten Widerspruch erfährt dagegen Florins Erklärungsversuch, die negativen Erscheinungen unter den deutschen Kommunisten darauf zurückführen zu wollen, „daß Elemente in [der] Emigration zersetzt“ würden. Mirow belehrt die Genossen darüber: „Hier [ist] nicht [die] übliche Emigration.“ Sie seien „Antifasch[isten] im sozial[istischen] Vaterland im Kriege gegen [den] Faschismus.“ Die Rote Armee kämpfe für die Vernichtung des Faschismus – „das gleiche, was dtsh. Antifasch[isten] tun müssen“.<sup>102</sup> Die konfrontative Anrede gipfelt im (bereits zitierten) Wort von der im Prozeß des Krieges zu treffenden Wahl: sowjetischer Patriot oder beleidigter Deutscher? In diesem Zusammenhang kommt der Redner nochmals auf jene Debatten von Ufa – über die Artikel Ehrenburgs, die Losung „Tod den deutschen Okkupanten“ und die Molotow-Note – zurück, in denen sich deutsche Genossen beleidigt gezeigt hätten über die an ihnen geäußerte Kritik.<sup>103</sup> Und bekräftigt, daß der Kampf gegen den Faschismus „kein unprinzipieller Kampf“ sei.<sup>104</sup>

Danach wird der Ton des Redners etwas versöhnlicher: Hier sei „keine Anklagebank“,<sup>105</sup> und es sei „*nicht Tendenz, jemand persönlich [zu] kränken*, sondern [die] Fragen bis zu Ende mit [den] dtsh. Gen[ossen] [zu] klären“, in Auseinandersetzung mit „Überheblichkeit“ und „Chauvinismus“.<sup>106</sup> Mit dem Zitieren des Stalin-Wortes lenkt Mirow den Blick auf die „*Zukunft Deutschlands*“, um dessen „*Schicksal*“ es gehe.<sup>107</sup> Abschließend bestimmt er die Marschroute für die deutschen Genossen: „Selbstkritik auf prinzipieller Linie – des Hasses gegen [den] Fasch[ismus].“<sup>108</sup> Mit der rhetorischen Frage, welchen Nutzen die Arbeit von Hedeler und Dröll bringen könnte<sup>109</sup> (und der sicherheitshalber von ihm selbst gegebenen Antwort „keinen“), ist auch das endgültige Urteil über Hedeler und das erwartete über Dröll gesprochen,<sup>110</sup> das ebenso in der angenommenen Resolution der Versammlung zum Ausdruck kommt.<sup>111</sup>

In ihrer Sitzung vom 31. Oktober 1942 beschließt die KPD-Führung daraufhin den Ausschluß Drölls aus der KPD (was auch dessen Entlassung aus dem Deutschen Volkssender zur Konsequenz hat) sowie, als Ergebnis ihrer vermutlichen Abmilderungsbemühungen, „eine strenge Rüge mit ernster Verwarnung“ für Becker (Apelt).<sup>112</sup> Die Resolution der EKKI-Parteiversammlung wird in folgsamer Manier „einstimmig als eine wertvolle Hilfe zur Überwindung der im Zusammenhang mit dem Fall Hedeler zutagegetretenen Mängel und Fehler der Parteileitung angesehen, und die vom Ge-

---

101 Vgl. ebd.

102 Vgl. ebd.

103 Vgl. ebd.

104 Vgl. ebd.

105 Aus der Wiedergabe ist nicht eindeutig ablesbar, ob der Redner einen solchen Charakter der Debatte abstreiten oder aber die entsprechende Tendenz entkräften oder relativieren wollte. Otto Winzer (Lorenz) hatte offenbar eine entsprechende Bemerkung gemacht.

106 Vgl. ebd.

107 Vgl. ebd.

108 Ebd.

109 Bei Pieck, der häufig in seinen Notizen die Umlautzeichen wegläßt, steht „konnte“.

110 Vgl. ebd.

111 Vgl. Notizen Piecks: „Deutsche Genossen 31.10.“(1942), Ny 4036/497, Bl. 184. Die Jahreszahl 1942 wurde erst nachträglich bei Archivierungsarbeiten eingetragen.

112 Vgl. „Protokoll der Sitzung vom 31. Oktober 1942“, SAPMO-BArch, ZPA, 3/1/313, Bl. 74, sowie Notizen W. Piecks: „Deutsche Genossen 31.10.“(1942).

nossen Dimitroff bestätigten Vorschläge der Kommission werden begrüßt.<sup>113</sup> Ulbricht wird beauftragt, noch besondere Vorschläge zur Überwindung der in der Resolution aufgezeigten Mängel und Fehler auszuarbeiten.<sup>114</sup> Die daraufhin am 11. November 1942 vorgelegten, vom Parteisekretär des Komintern-Apparates Pli-schewkij mit verantworteten „Maßnahmen für die Arbeit unter den deutschen Genossen“<sup>115</sup> zielen im Kern auf deren stärkere Einbindung in das politische Informationssystem der KPdSU und auf eine intensivere politische Arbeit der KPD-Führung mit den deutschen Parteimitgliedern. Neben dem organisierten Studium der jüngsten Verlautbarung des Genossen Stalin, zum 25. Jahrestag der Oktoberrevolution, ist vorgesehen, in der Parteiorganisation der Presse- (und Propaganda)abteilung des EKKI die deutschsprechenden (auch österreichischen und tschechischen) Genossen, die die russische Sprache schlecht beherrschen, in einer Gruppe zum Durcharbeiten vorgegebener aktueller Themen zusammenzufassen. Alle KPD-Mitglieder werden angehalten, an den Politinformationen der KPdSU-Parteiorganisation unbedingt teilzunehmen. Die KPD-Führung soll die deutschen Parteimitglieder im Kominternapparat mindestens einmal im Monat und die bei Institutionen wie dem Verlag für fremdsprachige Literatur, dem sowjetischen Radiokomitee und anderen arbeitenden deutschen Genossen monatlich zusammenrufen und über spezielle deutsche Fragen und die aktuellen Fragen der KPD informieren, „damit sie von den Problemen des Landes nicht losgerissen und in die aktive Arbeit auf der Linie ihrer Partei einbezogen werden.“<sup>116</sup> Auch das Studium der russischen Sprache durch die KPD-Mitglieder soll organisiert werden.<sup>117</sup>

Am 18. und 19. November 1942 kommt es dann zu den dargestellten ‚Informationsabenden‘, in denen unter Leitung Piecks, gesondert mit den deutschen Mitarbeitern der Komintern bzw. mit den bei den anderen Einrichtungen in Moskau tätigen KPD-Kadern, die angesagte selbstkritische Tiefenschürfung durchexerziert wird. Schließlich liefert auch Ackermann als verantwortlicher Leiter des Deutschen Volkssenders in der Sitzung der KPD-Führung vom 19. November 1942 die vom ihm geforderte selbstkritische Erklärung ab, die von seinen Leitungsgenossen gebilligt wird.<sup>118</sup> Doch während noch die kollektiven Selbstgeißelungen und individuellen Reuebekennnisse vor sich gehen, um die gesammelte Kritik an den deutschen Genossen aufzubereiten, verändert sich unter der Wirkung handfester Umstände des Kriegsgeschehens die Szene. Mit den erfolgreichen Kampfhandlungen der westlichen Alliierten in Nordafrika (El Alamein) gegen die deutsch-italienischen Truppen (ab 23. Oktober 1942) und ihrer Landung in Marokko und Algerien (7./8. November 1942) einerseits und dem Übergang der Roten Armee zur Großoffensive am Don und bei Stalingrad (19./20. November 1942) andererseits beginnt sich die erhoffte Wende im Krieg gegen Hitlerdeutschland abzuzeichnen. Die Aussicht auf das Eintreten der zweiten Front in Europa wird zunehmend realer. Bereits am 11. November 1942 formuliert Dimitroff in der Sekretariatssitzung des EKKI: „Wir stehen am Vorabend der entscheidenden Wende des Krieges. Wir müssen die neue Situation schnell und gekonnt ausnutzen“ (DimTgb). Im Hinblick auf Deutschland heißt das für die Komintern, sogleich eine neue politisch-

113 „Protokoll der Sitzung vom 31. Oktober 1942“ SAPMO-BArch, ZPA, 3/1/313, Bl. 74.

114 Vgl. ebd.

115 „Maßnahmen für die Arbeit unter den deutschen Genossen“, SAPMO-BArch, ZPA, Ny 4036/517, Bl. 39f. Das Dokument trägt den handschriftlichen Vermerk: „Vorschlag der Kommission \*Innerparteilich 11.11.42“.

116 Vgl. ebd., Bl. 39.

117 Vgl. ebd., Bl. 40.

118 Vgl. „Sitzung am 19. XI. 1942“, SAPMO-BArch, ZPA, 3/1/313, Bl. 76.

propagandistische Initiative zu starten, die helfen soll, den inneren Widerstand im Lande und an der Front gegen das militärisch in die Defensive geratende Hitlerregime anzufachen. Das Projekt nimmt die Gestalt einer fingierten Konferenz im Rhein-Ruhr-Gebiet an, wo die KPD-Führung gewisse Widerstandspotentiale der Partei lokalisiert weiß. Das Erwünschte soll als sich entwickelnde Realität suggeriert werden. Die geheime „westdeutsche Beratung“ einer virtuellen „nationalen Friedensbewegung“ wird sich mit einem – in Moskau gedrechselten – „Friedensmanifest“ an das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht wenden.<sup>119</sup> Die angestrebte nationale deutsche Friedensbewegung, deren Vertreter in der fiktiven Kreation zusammengeführt werden, soll Kräfte aus allen sozialen Schichten (einschließlich des Bürgertums) und politischen Richtungen vereinen, die gegen die Fortsetzung des Krieges und gegen das Hitlersystem sind; alle, die Deutschland vor einer Katastrophe bewahren und den Weg zu einem gerechten Frieden finden wollen. Für die konzeptionelle Vorbereitung des Ganzen, für seine inhaltliche Ausgestaltung im Detail und schließlich für seine propagandistische Inszenierung im Deutschen Volkssender werden die führenden KPD-Kader gebraucht und in Anspruch genommen. Gebraucht werden sie und alle noch vorhandenen oder wiederzuerweckenden Kräfte der Partei im Lande und in der Emigration für die notwendige politisch-praktische Arbeit im Sinne der gewählten Plattform. In bis dahin während des Krieges kaum gekannter Intensität befassen sich die Komintern-Spitzen gemeinsam mit der KPD-Führung mit dem Konstrukt. Am 10. Oktober 1942 hatte Pieck dem EKKI-Generalsekretär noch unter den damals ungünstigeren Bedingungen den Entwurf eines „Parteiaufrufs“ der KPD unterbreitet.<sup>120</sup> Nachdem Dimitroff am 18. November 1942 mit Manuilski „eine Reihe von Maßnahmen zur Zersetzung der gegnerischen Truppen, insbesondere der deutschen Armee im Zusammenhang mit der sich abzeichnenden Wende im Krieg diskutiert“ und die Veröffentlichung des Aufrufs „der Konferenz der Antifaschisten des Ruhrgebiets an das deutsche Volk und die Armee“ direkt benannt hat (DimTgb), berät die KPD-Führung bereits am folgenden Tage über das „Manifest“ und die „Vorbereitung [der] Gebietskonferenz im Sender“ sowie über die „Vorbereitung der Aussprache bei Dim[itroff] [über] alle deutschen Fragen“.<sup>121</sup> Am 1. Dezember 1942 erstattet Pieck im Sekretariat des EKKI einen Bericht „Zur Einschätzung der Lage in Deutschland/Perspektive und Aufgaben“.<sup>122</sup> Eine Kommission unter der Verantwortung Piecks und richtunggebender Mitarbeit von Dimitroff und Manuilski<sup>123</sup> wird beauftragt, konkrete Fragen zu klären und den Entwurf eines EKKI-Sekretariatsbeschlusses vorzubereiten (vgl. DimTgb, 1.12.42). In

---

119 Vgl. Wiederveröffentlichung des Dokuments in: Zur Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung 1933–1945. Berlin (Ost) 1957, S. 182–188. Zur Entstehung und zu den programmatischen Inhalten des Manifests vgl.: Erler, Peter/Laude, Horst/Wilke, Manfred: „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/1945 für Nachkriegsdeutschland. Berlin 1994, S. 44–51.

120 Vgl. handschriftliche Notizen W. Piecks: „Zum Bericht“ (undatiert, nach 17.2.1943), Ny 4036/542, Bl. 124. Es muß sich um eine nach dem 17.2.1943 zu datierende Aufzeichnung handeln, da im Text auf zurückliegende Daten bis einschließlich dem genannten verwiesen wird.

121 Notizen Piecks: „Besprechung dtsh. Gen[ossen] 19.11.[1942]“, Ny 4036/497, Bl. 185. Die Jahreszahl ist erst nachträglich, wohl erst bei Archivierungsarbeiten, eingetragen worden.

122 Handschriftliche Disposition für Bericht W. Piecks: „Zur Einschätzung der Lage in Deutschland. Perspektive und Aufgaben“, SAPMO-BArch, ZPA, Ny 4036/542, Bl. 115–123.

123 Der Kommission gehören außerdem die KPD-Vertreter Florin, Ackermann und Mahle, die Österreicher Kopenig und Ernst Fischer, der Tscheche Šverma, der Ungar Rakosi, der Franzose Marty und der Leiter der Abteilung Presse und Propaganda des EKKI, Friedrich (Geminder), an. Vgl. Notizen Piecks: „Sekretariatssitzung 1942.12.“, ebd., Bl. 108.

eingehenden Beratungen beschäftigt sich die Kommission am 4. und 8. Dezember 1942 mit den Entwürfen für das geplante deutsche „Manifest“ (DimTgb). Die von der KPD-Führung vorgelegte erste Fassung wird verworfen. Manuilski wendet ein: „Zu sehr Parteisprache. Auf grundlegende Fragen keine Antwort. Vorgeschlagene Kampfmittel zu sehr klassenmäßig.“<sup>124</sup> Der zweite Entwurf der KPD-Führung wird als Grundlinie bestätigt und von einer Unterkommission, der Dimitroff, Manuilski, Pieck und Ackermann angehören, am 9. und 10. Dezember 1942 fertiggestellt.<sup>125</sup> Im Prozeß der Arbeit an dem Dokument werden die KPD-Vertreter bemerkenswerterweise von den Komintern-Verantwortlichen dahin gedrängt, „die Fragen nach ‚der Nationalen Friedensfront‘ und der ‚Nationalen Friedensregierung‘ deutlicher zu stellen, die politisch organisierten Kräfte zu benennen, auf die zu ihrer Schaffung gesetzt wird, und insbesondere die Plattform des Kampfes der nationalen Front zu formulieren“ (DimTgb, 4.12.42). Als Teilnehmer der Konferenz sollen auch deutschnationale Kreise<sup>126</sup> und selbst „Vertreter der *oppositionellen Nationalsozialisten*“ einbezogen werden (DimTgb, 4.12.42).

Die Idee der „*nationalen Antihitlerfront*“ war von Dimitroff in ihrem aktuellen Sinne zuerst auf der Sitzung des EKKI-Sekretariats mit den nationalen Rundfunkredaktionen vom 13. August 1942 proklamiert worden. Die Schaffung und das Organisieren solcher breiten Kampfbündnisse „gegen den Hitlerkrieg und den Hitlerismus“, bei Berücksichtigung der Bedingungen des jeweiligen Landes, hatte Dimitroff als „*das entscheidende Kettenglied*“ bezeichnet (vgl. DimTgb, 13.8.42). Inzwischen sind zeitlich parallel oder mit einem gewissen Vorlauf gegenüber dem deutschen „Friedensmanifest“ analoge politisch-propagandistische Aufrufe und Initiativen für Frankreich, Italien, Bulgarien, Ungarn und Jugoslawien eingeleitet worden.<sup>127</sup> Die der Konzeption der „nationalen Front“ zugrundeliegende pragmatische Zielsetzung schließt ein, daß im gegebenen Kontext strategische Forderungen der Kommunisten bewußt ausgeblendet werden. Die Pieck-Notizen vom 4. Dezember 1942 halten demgemäß als Orientierung Dimitroffs fest: „Teilnehmer kämpfen nicht für Sowjetdeutschland, Sozialismus, sondern Vernichtung des Faschismus, Sauberkeit, Errichtung dem[okratischen] Deutschlands“<sup>128</sup> Diese grundsätzliche Ausrichtung der „nationalen Friedensbewegung“ findet ihren Niederschlag im „Friedensmanifest“ als Ganzem wie auch in dem in seinem Rahmen formulierten „Aktionsprogramm“, dessen zentrale Forderungen die sofortige Einstellung der Kriegshandlungen, der Sturz der Hitlerregierung und die Schaffung einer demokratischen Friedensregierung darstellen.<sup>129</sup>

Der vorgesehene Beschluß des EKKI-Sekretariats zu den deutschen Fragen, gefaßt am 15. Dezember 1942, billigt „die von den deutschen Genossen ausgearbeitete Linie und die Linie des von der Kommission behandelten Manifestes an das deutsche Volk und die deutsche Armee im grundlegenden“.<sup>130</sup> Mit der damit geschaffenen verbindlichen Arbeitsgrundlage für die KPD-Führung und die deutschen Parteikader in Moskau wird

---

124 Handschriftliche Notizen Piecks: „Kommission-4.12.1942, Aussprache über Manifest-Entwurf“, ebd., Bl. 109.

125 Vgl. Notizen Piecks: „Kommission-8.12.1942“, ebd., Bl. 112, und DimTgb, 8./9./10.12.42.

126 Vgl. a.a.O., Bl. 111.

127 Vgl. hierzu DimTgb, 12.11./19.11./23.11./26.11./27.11./30.11./3.12./5.12./8.12.42.

128 Vgl. FN 125.

129 Vgl. Zur Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung 1933–1945.

130 „Beschluß des Sekretariats des EKKI vom 15. Dezember 1942“, SAPMO-BArch, ZPA, Ny 4036/542, Bl. 70.

eine besonders schwierige und belastende Periode ihrer Aktivitäten in gewisser Weise abgeschlossen, während die sich verändernde militärische und politische Situation neue Handlungsmöglichkeiten im Kampf gegen das Hitlerregime erwarten läßt. Der Beschluß der Kominternführung spiegelt im ganzen das Ineinander und die Verschränkung von kritischer Sicht auf die bisherige Arbeit der deutschen Kommunisten und forscher Aufgabenstellung im Blick auf die bevorstehende Etappe wider. Die beschlossene Linie dient sowohl der Orientierung für die Arbeit und den Kampf der Partei im Lande und für die deutschen Radiosendungen aus der Kominternwerkstatt als auch für die Arbeit der Kommunisten und die antifaschistische deutsche Emigration in England, den USA, Mexiko und anderen Ländern, die die Volksbewegung gegen Hitler im Lande selbst unterstützen sollen, und ebenso für die Arbeit unter den deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion.<sup>131</sup> Die führenden deutschen Kommunisten in Moskau werden verpflichtet, „das Gesicht vollständig Deutschland zuzukehren“, ihre Kräfte vorrangig zu konzentrieren auf eine allseitige praktische Hilfe für den Wiederaufbau und die Festigung der Partei im Lande und die Orientierung der Parteikader für eine richtige und erfolgreiche Durchführung der im Manifest festgelegten Linie und der nächsten Aufgaben im Massenkampf „für den Sturz der Hitlerbande und die Beendigung ihres räuberischen Krieges“.<sup>132</sup> Die KPD-Führungskräfte werden angehalten, „umgehend die gegenwärtige völlig ungenügende Organisierung ihrer Arbeit und die Arbeitsverteilung unter den ZK-Mitgliedern und anderen Aktivisten zu überprüfen“ und „radikale Maßnahmen zur Sicherung der notwendigen, beständigen, systematischen operativen politischen und organisatorischen Arbeit“ zur Hilfe für die Partei im Lande einzuleiten.<sup>133</sup> (In diesem Sinne wird die KPD-Führung Anfang März 1943 unter anderem die Bildung thematischer Arbeitsgruppen mit den Moskauer Parteikadern in Angriff nehmen).<sup>134</sup> Der Beschluß verzichtet aber auch nicht auf eine erneute Bekräftigung, „daß die Fälle des faulen und antiparteilichen Verhaltens von Funk [Wehner], Hedeler und Dröll ein außerordentlich ernstes Signal sind für die Gefahr einer Zersetzung unter den Parteikadern in der Emigration, ein Signal, dem die führenden deutschen Genossen nicht sofort die notwendige Bedeutung beigemessen haben“.<sup>135</sup> Sie werden verpflichtet, die entschiedensten Maßnahmen zum Kampf gegen alle solche Tendenzen innerhalb der Parteiemigration in der Sowjetunion und in anderen Ländern und für eine bolschewistische Erziehung der Parteikader zu treffen.<sup>136</sup>

Zwei Tage nach der Beschlußfassung im EKKI-Sekretariat beginnt der Deutsche Volkssender mit der Propagierung der fiktiven Konferenz, deren Stattfinden auf den 6. Dezember 1942 datiert wird. Am 19. Dezember 1942 wird das „Friedensmanifest“, darauffolgend gar die nichtgehaltenen-gehaltenen Reden und schließlich auch eine ebenso ersonnene Stellungnahme der Gebietsleitung der KPD sowie Zustimmungserklärungen aus Betrieben und von Personengruppen vorgestellt – als eine regelrechte Radioinszenierung mit verteilten Autoren und Sprecherrollen der Moskauer Parteika-

---

131 Vgl. ebd.

132 Vgl. ebd.

133 Ebd.

134 Vgl. handschriftliche Notizen W. Piecks: „Deutsche Genossen am 3.3.1943“, Ny 4036/498, Bl. 162 f.

135 Vgl. FN 129.

136 Vgl. ebd.

der. Danach wird das „Friedensmanifest“ unter anderem auch in England und den USA sowie unter den deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion verbreitet.<sup>137</sup>

Bei aller Hinwendung der deutschen Parteiaktiven in Moskau zu den neudisponierten Aufgaben samt den Maßstäben, die jetzt an ihre Arbeit angelegt werden: Die disziplinierenden Erfahrungen der zurückliegenden Wochen und Monate bleiben lastend gegenwärtig, und mit ihnen drängen auch die Erinnerungen an die Jahre der massenhaften Repressalien und Opfer wohl um so stärker ins Bewußtsein. Davon zeugt – zweieinhalb Monate nach Beginn der neuen Offensiv-Bemühungen auf propagandistischem Felde, die sich der sowjetischen militärischen Offensive anschließen – eine Zusammenkunft der deutschen Genossen vom 7. März 1943.<sup>138</sup> Als eine Reihe deutscher Parteikader nach der von der Sowjetunion siegreich bestandenen Stalingrader Schlacht für ihren Einsatz an der Seite der Roten Armee, als Propagandisten an der Front, als Partisanen und in anderer Mission „hinter der feindlichen Front“ oder für ihre Arbeit in Kriegsgefangenenlagern mit sowjetischen Orden und Medaillen ausgezeichnet worden sind, wird das unverzüglich zum Anlaß genommen, um in der eigens zu diesem Zweck einberufenen Versammlung das Ereignis „politisch zu würdigen und zu beraten, welche erhöhten Verpflichtungen sich daraus ergeben für die Partei“.<sup>139</sup> Walter Ulbricht und Arthur Pieck, der Sohn Wilhelm Piecks, die beide den Orden „Vaterländischer Krieg“ 2. Grades erhalten haben, und der Schriftsteller Willi Bredel sprechen über ihre Arbeit an der Stalingrader Front. Pieck wertet, wie die seinen Ausführungen zugrundeliegenden Notizen erkennen lassen, die Auszeichnungen in ihrer politischen Bedeutung für die Partei und als Ansporn für gesteigerte Leistungen, vor allem aber auch für eine „engere politische Verbundenheit mit dem Kampf des Sowjetvolkes, ideologisch und kämpferisch“.<sup>140</sup> Er nutzt den ermutigend erscheinenden Anlaß der Feier zugleich, um die gegenwärtig erfahrene Situation als positive Zäsur gegenüber jener durchlebten Zeitstrecke zu imaginieren, auf die er zurückklotet. „Endlich können wir wieder aufatmen“,<sup>141</sup> heißt es in seinen Aufzeichnungen und dann in ausformulierten Sätzen, die wohl auch so vorgetragen wurden, wie sie hier stehen: „Diese Anerkennung tut um so wohler und spornt um so mehr an, wenn man sie in Vergleich stellt mit den trüben Erfahrungen der hinter uns liegenden Jahre, wo sich mancherlei deprimierende Erscheinungen in der Emigration zeigten (Entartungen, Eindringen faschistischer Auffassungen, Verrat Radensleben[s]<sup>142</sup>), die unserer Partei viel Schande gemacht haben, auch die Verhaftungen und das schlechte Verhalten bei Untersuchungen. Dazu bedrückt noch die Zugehörigkeit zu der Nation, die von Hitler zum Werkzeug des Krieges gemacht wurde, was zu falschen Schlußfolgerungen führte, daß Parteika-

137 Vgl. Notizen Piecks: „Zum Bericht“, Ny 4036/542, Bl. 124, sowie das Schreiben Piecks an Dimitroff vom 19.12.1942, Ny 4036/539, Bl. 292.

138 Vgl. Klarschrift der handschriftlichen Notizen Piecks: „Sonntag, d. 7.3.1943, abends 6.30 Uhr, im Lux Zusammenkunft der deutschen Genossen zur Feier der Ordensverleihung und der sich daraus ergebenden höheren Pflichten der Parteimitglieder“, SAPMO-BArch, ZPA, Ny 4036/498, Bl. 48-50.

139 Vgl. ebd., Bl. 49.

140 Vgl. ebd., Bl. 48.

141 Ebd.

142 Willi Radensleben, zusammen mit Wolfgang Leonhard Teilnehmer des 2. Lehrgangs an der Kominternschule in Kuschnarenkowo, wurde wegen „Beihilfe zum Faschismus“ und „Propagierung der Passivität im Kampf gegen Hitler“ im Februar 1943 aus der KPD ausgeschlossen. Vgl. SAPMO-BArch, ZPA, Ny 4036/516, Bl. 19 und Ny 4036/517, Bl. 43 sowie die Darstellung der näheren Umstände des Falles bei Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder. Leipzig 1990, S. 273.

der deshalb schlechter beurteilt wurden, weil sie Deutsche waren, so wurde jetzt das am besten widerlegt mit der Anerkennung für die gute Arbeit.“<sup>143</sup> Noch in der verkrampften Weise ihrer Reflexion, die das belastende Geschehen verzerrend den Verfehlungen und Verschuldungen in den eigenen Reihen zuschreiben möchte, schimmern die wirklichen Probleme durch, die zu unserem Thema gehören.

**PS:** Einen Nachhall jener Zeit und der hier behandelten Konflikte liefert eine Anekdote, die Jürgen Kuczynski festgehalten hat: Nach dem Erscheinen von Anna Seghers' Roman *Die Toten bleiben jung* (1949), dessen zeitgeschichtlicher Handlungsrahmen sich von dem Ende des Kaiserreiches bis zur Niederwerfung des NS-Regimes erstreckt, äußerte Walter Ulbricht Kritik zu dem Buch, die in der Frage gipfelte: Wo bleibt hier die Partei? Diese Äußerung Ulbrichts löste eine entsprechende Rezension in der Zeitung *Neues Deutschland* aus. Als Ilja Ehrenburg bei einem Besuch in der DDR davon erfuhr, schlug er vor, ein Treffen von Anna Seghers und einigen weiteren Schriftstellern mit Ulbricht zu arrangieren. In der Begegnung lenkte Ehrenburg das Gespräch auf den kritisierten Roman. Gleich reagierte Ulbricht darauf mit seiner Frage: „Aber wo bleibt die Partei?“ Worauf Ehrenburg konterte: „Ja, Genosse Ulbricht, das haben wir uns während des Krieges auch gefragt.“<sup>144</sup>

---

143 Ebd., Bl. 49.

144 Vgl. Kuczynski, Jürgen: „Ein linientreuer Dissident“/Memoiren 1945–1989. Berlin 1994, S. 52 f. Die Diskussion fand im Mai 1950 im Berliner „Club der Kulturschaffenden“ statt. Siehe hierzu auch die rückblickende Erwähnung des Ereignisses in den Tagebüchern des Schriftstellers Bodo Uhse vom 17. Juni 1950 sowie, anlässlich einer weiteren Begegnung mit Ehrenburg, vom 26. Februar 1951, wo es heißt: „Über die Kunstdiskussion macht er sich lustig, erinnert an seinen Besuch vor einem Jahr und die Diskussion mit Ulbricht im Kulturbund.“ In: Uhse, Bodo: Reise- und Tagebücher. Hrsg. von Günter Caspar, Berlin (Ost) 1981, 1. Halbbd., S. 565 bzw. 2. Halbbd., S. 15.